

Kein Zutritt!

Gedenkstätten Rundbrief

- 3 Frischer Wind und langer Atem. Aktuelle Entwicklungen
in der Gedenkstätte Sandbostel
Die »Stiftung Lager Sandbostel« hat ihre Arbeit aufgenommen
Klaus Volland
- 9 Das »Hausgefängnis« der Gestapo-Zentrale in Berlin.
Terror und Widerstand 1933–1945
Eine Sonderausstellung der Stiftung Topographie des Terrors
Andreas Sander und Erika Bucholtz
- 13 Das Ökumenische Jugendprojekt Mahnmal
Jürgen Stude
- 20 Das Lager Breendonk: vom SS-Auffanglager
bis zum Mahnmal für Menschenrechte
Patrick Nefors
- 28 Gedenkhalle Oberhausen.
Wissenschaftlicher Beirat zur Neukonzeption
der Dauerausstellung hat Arbeit aufgenommen
Günter Morsch und Clemens Heinrichs
- 30 »Ehrlich gesagt, es ist zu spät. Aber trotzdem vielen Dank.«
Erfahrungen mit der Entschädigung
für ehemalige Zwangsarbeiter/-innen
Katharina Hertz-Eichenrode
- 34 Neue Wanderausstellung »Wohnungslose
im Nationalsozialismus«
Wolfgang Ayaß
- 36 Aktuelle Publikationen von Gedenk- und Totenbüchern
Bernd Horstmann
- 39 Veranstaltungshinweise
- 44 Literaturhinweise

Frischer Wind und langer Atem

Aktuelle Entwicklungen in der Gedenkstätte Sandbostel

DIE »STIFTUNG LAGER SANDBOSTEL« HAT IHRE ARBEIT AUFGENOMMEN

Klaus Volland

Am 17. Dezember 2004 fand in der »Lagerkirche« in Sandbostel die Gründungsversammlung der »Stiftung Lager Sandbostel« statt. Damit scheint eine einvernehmliche Lösung in dem langjährigen Konflikt um die Errichtung einer Gedenkstätte für das Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglager Stalag X B Sandbostel gefunden zu sein.

Im Mannschafts-Stammlager B im Wehrkreis X Sandbostel haben sich zwischen 1939 und 1945 insgesamt über eine Million Kriegsgefangene, Internierte und KZ-Häftlinge aufgehalten. Die Lagergeschichte war durch zwei schauerliche Höhepunkte geprägt – das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener im Herbst und Winter 1941/42 und das tausendfache Sterben nach Sandbostel »evakuierter« KZ-Häftlinge im April und Mai 1945 (»a minor Belsen«). Nach dem Krieg diente das Lager als britisches Umerziehungslager für ehemalige SS- und NSDAP-Führer und in den fünfziger Jahren als Durchgangslager für männliche jugendliche Flüchtlinge aus der DDR. Seit 1974 wird der noch mit Baracken versehene Teil des historischen Geländes als »Gewerbegebiet Immenhain« genutzt.

1980–2003: Zur Geschichte des Konflikts um eine Gedenkstätte in Sandbostel

Anfang Mai 1980, anlässlich des 35. Jahrestags des Kriegsendes, wurde von einem Aktionskomitee, das zu einer Kundgebung und Demonstration nach Bremervörde und Sandbostel aufgerufen hatte, erstmals öffentlich die Forderung nach der Einrichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte auf dem historischen Lagergelände in Sandbostel erhoben.

Nachdem der Verfasser und sein Lehrerkollege Werner Borgsen 1991 ihre Monographie »Stalag X B Sandbostel« veröffentlicht hatten und das Buch auf positive Resonanz nicht nur seitens der Fachkritik gestoßen war, war der im Januar 1992 gegründete Verein Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel zuversichtlich, dass die Forderung nach einer Gedenkstätte auf dem historischen Lagergelände nun umgehend realisiert werden würde. Die Ressentiments gegenüber den Vereinsgründern konnten in dem ländlich-konservativ geprägten regionalen politischen Umfeld jedoch nicht so rasch überwunden werden, so dass sich der Vorstand des Vereins, dem bis heute der Rotenburger Stadtarchivar Dietmar Kohlrausch präsidiert, 1993 entschloss, zunächst eine Wanderausstellung zu schaffen, die im Februar 1994 eröffnet und an zahlreichen Orten im nordwestdeutschen Raum präsentiert wurde. Gemäß der Begleitbroschüre zu dieser Ausstellung verstand sich der Verein ausdrücklich als »Trägerverein« einer Gedenkstätte; tatsächlich aber blieb er ein Förderverein, denn die nur einvernehmlich mögliche Realisierung einer Gedenkstätte in Sandbostel ließ weiter auf sich warten, da zahlreiche vor Ort relevante gesellschaftliche Gruppen aus Staat und Kirche nach wie vor Abstand zum Verein hielten.

Dies änderte sich im Prinzip auch 1997 nicht, als der Verein daran ging, in Bremerförde (Großer Platz 4) in der Wohnung eines Vereinsmitglieds die »Dokumentationsstätte Sandbostel« einzurichten, und damit zum Träger eines Gedenkstättenprovisoriums wurde. Der Verein hat seither eine feste Adresse und feste Bürozeiten und unterhält in den allerdings sehr beengten Verhältnissen seines Domizils ein Archiv und eine Bibliothek, präsentiert Ausstellungen, Filmvorführungen und Vorträge.

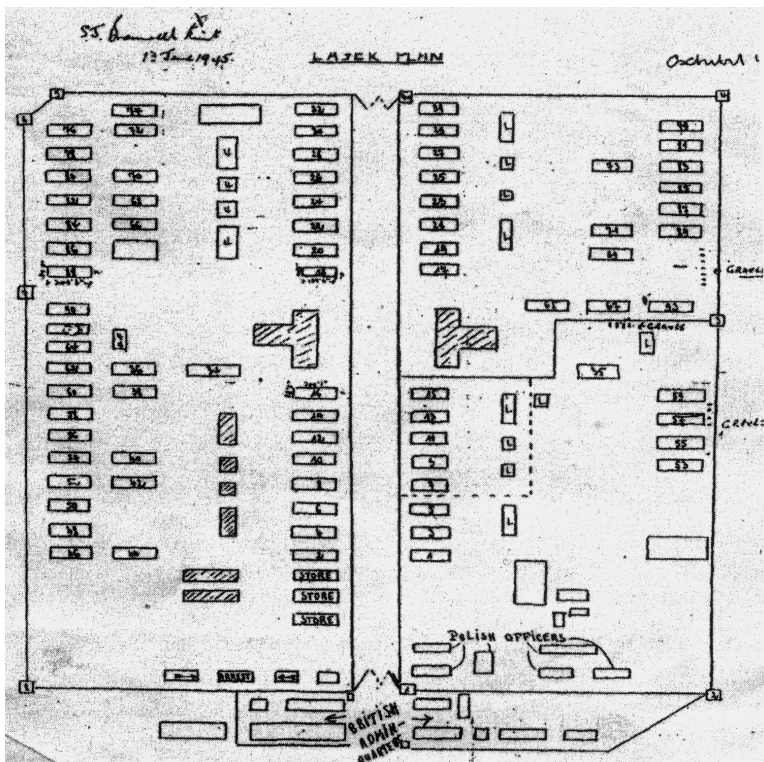
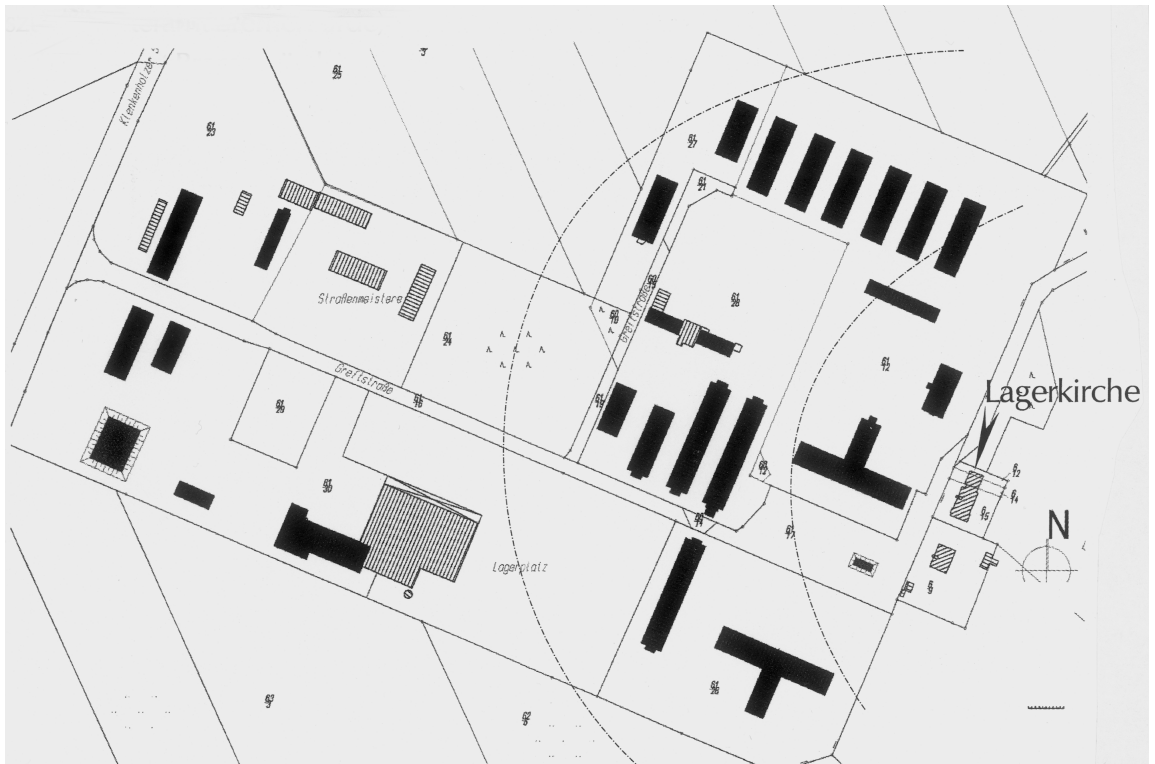
Vorübergehend nisteten sich sogar Tendenzen ein, sich auf das »Papenburger Modell« einzulassen, also von der Errichtung einer Gedenkstätte am historischen Ort des Lagers abzurücken. Der Vereinsführung wurde jedoch immer wieder bewusst, dass der authentische Ort des Lagers und die dort noch vorhandenen historischen Überreste die ersten und besten Ausstellungsstücke einer Gedenkstätte sind, und deshalb intensivierte sie seit 2002 auch wieder die satzungsgemäßen Bemühungen, eine Gedenkstätte auf dem historischen Lagergelände einzurichten. Angestoßen durch eine Tagung zum zehnjährigen Bestehen des Gedenkstättenvereins, fanden zunächst erfolgreich erscheinende Beratungen mit Kommunal- und Landesvertretern statt, die der Landrat des Kreises Rotenburg, Hans-Harald Fitschen, moderierte, aber 2003 ohne greifbares Ergebnis abgebrochen wurden. Schließlich lud der Landkreis den Verein dazu ein, an der Formulierung einer auf dem Lagergelände aufzustellenden Informationstafel mitzuwirken, da die Verhandlungen zur Errichtung einer Gedenkstätte an diesem Ort gescheitert seien. Der Verein lehnte ab.

2004: Von der Eskalation des Konflikts zur Kooperation

Nachdem bereits im Oktober 2003 in den Niederlanden die Ausstrahlung eines Fernsehberichts über den dramatischen Verfall der Überreste des Lagers Sandbostel einen Proteststurm hervorgerufen hatte, kam es dann im Frühjahr 2004 zum öffentlich ausgetragenen und bundesweit beobachteten Konflikt um die Gedenkstätte, als sich der Hamburger Weltfriedenspreisträger und Holocaust-Überlebende Ivar Buterfas in die Bemühungen des Vereins um die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem historischen Lagergelände einschaltete.

Durch eine Medienkampagne und eine internationale Konferenz in Hamburg machte Buterfas die Öffentlichkeit auf die weithin noch unbekannte Geschichte des Lagers Sandbostel aufmerksam. Buterfas' Vorschlag, einen Teil des Straßenmeistergeländes des Landkreises Rotenburg mit der ehemaligen Kommandantur und einem Lagergefängnis für die Einrichtung der Gedenkstätte zu nutzen, wurde vom Vorstand des Gedenkstättenvereins aufgegriffen, aber vom Landkreis und von der Gemeinde Sandbostel abgelehnt. Diese präsentierte einen bereits aus den 80er Jahren stammenden Gegenvorschlag, nach dem die Gedenkstätte auf dem Lagerfriedhof errichtet werden sollte.

Mitte Juni besuchte der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann Sandbostel, um einen Versuch zur Aufhebung der entstandenen Blockade und zur Beendigung der mitunter sehr polemisch geführten öffentlichen Diskussion um die Gedenkstätte zu unternehmen. Im Anschluss daran setzte Busemanns aus der Region stammender Ministerkollege Hans-Heinrich Ehlen zwei Moderatoren ein, den Superintendenten i.R. Hans-Wilhelm Hastedt aus Sittensen und den ehemaligen Schulamtsdirektor Horst Rademacher aus Bremervörde. Diese führten in der Folge zahlreiche Gespräche mit Interessenvertretern und luden zu mehreren Sitzungen der »Arbeitsgruppe Sandbostel«



Oben: Plan des Katasteramts Bremer-vörde. Gegenüber der Lagerkirche das von der Stiftung Lager Sandbostel als Gedenkstätten-gelände vorgesehene Flurstück 61/12

Unten: Plan des Stalag X B Sandbostel, von einem britischen Armeeziehner im Juni 1945 angefertigt. PRO London, WO 414, Exhibit G 1.

Lagerbaracken in Sand-
bostel, Frühjahr 2005



ein, die von August bis November 2004 im Gemeindehaus der ev. Kirchengemeinde Selsingen tagte.

Dabei einigten sich die beteiligten Gruppen (Land Niedersachsen, Landkreis Rotenburg, Gemeinde Sandbostel, Samtgemeinde Selsingen, Evang.-luth. Kirchengemeinde Selsingen, die Vereine Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel und Geschichtsfreunde Sandbostel, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und die Vereinigung des ehemaligen französischen Kriegsgefangenen Bernard Le Godais, Pro Europa) grundsätzlich darauf, dass die Gedenkstätte auf dem historischen Lagergelände »in der Nähe der Lagerkirche« eingerichtet werden soll. Außerdem stimmten die beteiligten Parteien dem Vorschlag der Moderatoren zu, für das gemeinsame Vorhaben die Organisationsform einer Stiftung zu wählen.

Nach der Satzung der Stiftung Lager Sandbostel gehören dem Kuratorium die neun oben genannten Gründungsmitglieder an. Dieses wählt einen dreiköpfigen Vorstand. In ihm sollen regelmäßig ein Repräsentant der Gemeinde Sandbostel und des Vereins Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel vertreten sein. Das Kuratorium wählte am 17. Dezember in seiner konstituierenden Sitzung in der Sandbosteler Gaststätte »Zum Grünen Jäger« den Bürgermeister von Sandbostel Clement Poppe zu seinem Vorsitzenden. In den Vorstand der Stiftung wählte das Kuratorium als ersten Vorsitzenden Hermann Luttmann (Erster Kreisrat des Landkreises Rotenburg und Kreisvorsitzender des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge), als Stellvertreter Karl-Heinz Buck (stellvertretender Vorsitzender des Vereins Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel) und Holger Blank (stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Sandbostel) als weiteres Vorstandsmitglied.

2005: Die Arbeit der Stiftung Lager Sandbostel im ersten Jahr

Im Mittelpunkt der ersten Arbeitsphase der Stiftung nach ihrer Gründung stand die Vorbereitung der Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der Befreiung des Lagers Sandbostel am 29. April 2005. Dem Gedenkstättenverein, der die Kundgebung am Befreiungs-



Kundgebung zum 60. Jahrestag der Befreiung des Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglagers Sandbostel. Im Vordergrund vier ehemalige Insassen, v.l.n.r.: Frank Walker (GB), seine Frau Vera, Sergej Litvin, Nikolaj Misurev, Maksim Tretjak (RU)
Beide Fotos: Günter Zint

tag seit 1994 organisiert hatte, oblag nun die Organisation eines achttägigen Besuchsprogramms, an dem ehemalige Lagerinsassen aus Russland, Frankreich, Polen, Großbritannien und Belgien teilnahmen. Der Kuratoriumsvorsitzende Poppe gab während der Kundgebung am 29. April bekannt, dass es der Stiftung gelungen sei, sich mit dem Militaria-Händler Bernhard Edelmann über den Ankauf eines 27 600 qm großen Teiles seines Geländes (Flurstück 61/12, siehe Abbildung) einig zu werden, auf dem sich noch sechs ehemalige Wohnbaracken und drei Funktionsgebäude des Stalag X B befinden.

Am 29. August 2005 sind diese Kaufverhandlungen durch einen notariell besiegelten Vertrag zwischen dem Vorstand der Stiftung Lager Sandbostel und der Firma Edelmann abgeschlossen worden. Bis zum 1. Oktober sollen die Baracken durch den Militaria-Händler leergeräumt sein.

Danach sollen mit Unterstützung eines inzwischen gebildeten Beirats der Stiftung Konzepte für den Umgang mit dem erworbenen Gelände und für die Realisierung eines Dokumentations- und Begegnungszentrums entwickelt werden.

Zunächst ist von den Stiftungsgremien geplant, das Gelände nach dem Kauf durch einen Zaun zu sichern und von dem wildwüchsigen Baumbestand und Strauchwerk zu befreien, Sicherungsmaßnahmen an den einsturzgefährdeten Baudenkmalern und archäologische Untersuchungen durchzuführen und ein Containergebäude als provisorischen Arbeits- und Besucherort aufzustellen.

Für die Einrichtung eines Dokumentationszentrums eignet sich nach dem Bericht eines von der Landesregierung bestellten Gutachters wegen ihres überwiegend miserablen Erhaltungszustands und der enormen Umrüstkosten keines der vorhandenen Gebäude, er schlägt deshalb wie der Verein einen Neubau auf dem von der Stiftung erworbenen Gelände vor. Welche Rolle Bestrebungen der evangelischen Kirche (Pastor Peter Handrich), in einer der Baracken eine »spirituelle Zelle« als Ort der Begegnung und Meditation einzurichten, bzw. die Gedenkstätte als »ökumenisches Versöhnungszentrum« zu gestalten, im Rahmen des Gesamtprojekts spielen werden, wird die weitere Entwicklung zeigen.

Ausblick: Fünf Leitvorstellungen des Gedenkstättenvereins

Der Gedenkstättenverein ist auch nach der Gründung der Stiftung Lager Sandbostel ein wesentlicher Motor der Arbeit. Wichtige Impulse gehen seit Jahren von Karl-Heinz Buck aus, zugleich stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Verein und Stiftung. Klaus Volland, ebenfalls stellvertretender Vorsitzender des Vereins, wird auch weiterhin als Fachhistoriker für die Gedenkstätte tätig sein und im Auftrag der niedersächsischen Landesregierung die pädagogische Betreuung von Besuchergruppen in Sandbostel und Bremervörde wahrnehmen. Die vom Verein seit 1998 in Bremervörde unterhaltene »Dokumentationsstätte Sandbostel« mit Ausstellung, Vortragsraum, Büro, Archiv und Bibliothek wird in den nächsten Jahren, voraussichtlich bis zur Fertigstellung des Dokumentationszentrums in Sandbostel, an ihrem Standort verbleiben.

Die zukünftige Gedenkstättenarbeit in Sandbostel sollte sich an folgenden Leitvorstellungen orientieren:

1 ■ Das Dokumentationszentrum muss der internationalen historischen Bedeutung des Stalag X B und den Anforderungen an einen modern gestalteten Lernort Rechnung tragen. Das bedeutet auch, dass die Personalausstattung der Gedenkstätte wesentlich über die gegenwärtige personelle Ausstattung des Gedenkstättenvereins (10-stündige wöchentliche Freistellung des Verfassers vom Schuldienst und ehrenamtliche Mitarbeit insbesondere des Vorstands) hinausgehen muss.

2 ■ Für die Arbeit der Gedenkstätte muss gelten: Das Gesamtgelände des ehemaligen Lagers ist ein Gedenkort. Informationstafeln für Besucher sollten an allen relevanten Punkten – nach Absprache mit den verbliebenen Eigentümern des »Gewerbegebiets Immenhain« – aufgestellt werden können. Der Zukauf weiterer Teile des historischen Lagergeländes muss angestrebt werden.

3 ■ Der seit 1992 bestehende Denkmalschutz für die 25 noch erhaltenen historischen Gebäude des Stalag X B Sandbostel sollte durch den Bodendenkmalschutz für das Gesamtgelände ergänzt werden. Die von verschiedenen Interessenten propagierte Herauslösung von Teilen des Gewerbegebiets aus dem Denkmalschutz und der Abriss historischer Bausubstanz sind zu verhindern.

4 ■ Die Bemühungen, die in ihrem Ensemblecharakter, ihrer räumlichen Ausdehnung und in ihrer Vielgestaltigkeit einmaligen Überreste eines Stalag-Barackenlagers zu retten und in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufzunehmen, müssen intensiviert werden. Sie werden u. a. von Persönlichkeiten wie dem Publizisten Ralph Giordano und dem Historiker Lutz Niethammer unterstützt. Ein Fachgutachten über die Möglichkeiten der Konservierung insbesondere der Holzbaracken sollte möglichst umgehend in Auftrag gegeben werden.

5 ■ Unverzichtbar auf der Agenda stehen schließlich auch die archäologische und die baugeschichtliche Untersuchung möglichst des gesamten ehemaligen Lagergeländes und seiner Randbereiche. Durch systematische Grabungen sind dort sicher noch zahlreiche Entdeckungen zu machen, die nicht nur für den Ausstellungsfundus des Dokumentationszentrums von großem Interesse sind.

Dr. Klaus Volland hat das grundlegende Buch zum Stalag Sandbostel verfasst und arbeitet als Lehrer mit teilweiser Freistellung am Aufbau des Dokumentationszentrums

Informationen

sandbostel.org

dokumentationsstaette-sandbostel.de

stiftung-lager-sandbostel.de

Das »Hausgefängnis« der Gestapo-Zentrale in Berlin. Terror und Widerstand 1933–1945

EINE SONDERAUSSTELLUNG DER
STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

Andreas Sander und Erika Bucholtz

Am 11. August 2005 eröffnete die Stiftung Topographie des Terrors auf ihrer Sonderausstellungsfläche im Freien die Ausstellung »Das »Hausgefängnis« der Gestapo-Zentrale in Berlin. Terror und Widerstand 1933–1945«. Mit insgesamt über 400 Fotos, Dokumenten und Texten wird am historischen Ort die Geschichte des ehemaligen Gestapo-Gefängnisses in der Prinz-Albrecht-Straße 8 dokumentiert und über das Schicksal der Häftlinge berichtet. Die zweisprachige, deutsch-englische Ausstellung macht deutlich, dass das Gelände der »Topographie des Terrors« nicht ausschließlich Sitz des administrativen Zentrums des europaweiten Terrorapparats von SS und Polizei – ein Ort der »Schreibtischtäter« – war, sondern auch ein Ort des unmittelbaren Leidens. Die Sonderausstellung ist voraussichtlich bis November geöffnet, eine Wiedereröffnung im Frühjahr 2006 ist geplant.

Das »Hausgefängnis« der Gestapo-Zentrale war ein »Polizeigewahrsam besonderer Art« (Reinhard Heydrich). Hier wurden zwischen 1933 und 1945 insgesamt etwa 15 000 politische Gegner des NS-Regimes für Tage, Wochen oder Monate inhaftiert und verhört. Bis 1939 kamen die meisten von ihnen aus den verbotenen Parteien und den daraus entstandenen Widerstandsgruppen, während der Kriegsjahre insbesondere aus den neuen Widerstandskreisen der »Roten Kapelle« und des »20. Juli«. Unter ihnen waren Prominente wie die Sozialdemokraten Kurt Schumacher, Julius Leber und Rudolf Breitscheid, die Kommunisten Georgi Dimitroff und Ernst Thälmann, der Liberale Ferdinand von Friedensburg und Martin Niemöller, führendes Mitglied der Bekennenden Kirche, Angehörige der »Roten Kapelle« wie Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack sowie wichtige am Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 beteiligte Personen wie Dietrich Bonhoeffer, Helmuth James Graf von Moltke und Carl Friedrich Goerdeler. Viele der Häftlinge wurden während ihres Aufenthalts im »Hausgefängnis« der Geheimen Staatspolizei gefoltert und in den Selbstmord getrieben. Die Prinz-Albrecht-Straße 8, seit 1933 Sitz der Gestapo-Zentrale und seit 1939 auch des Reichssicherheitshauptamts, war zu einer der gefürchtetsten Adressen in Berlin geworden. Am Beispiel dieses Ortes wird deutlich, wie wichtig der verdeckte und offene Terror gegen politische Gegner für die Herrschaftssicherung des NS-Regimes war. Der Ort steht aber auch als Zeichen dafür, dass es im nationalsozialistischen Deutschland Menschen gab – wenn auch nur eine kleine Minderheit –, denen es darum ging, ihre politische und moralische Integrität zu bewahren und die Verbrechen der Diktatur nicht hinzunehmen. Sie entschieden sich als einzelne oder in Gruppen für Verweigerung, Protest und Widerstand, viele unter Einsatz ihres Lebens.

Die Ausstellung zeigt, dass das »Hausgefängnis« im Laufe seines Bestehens zu einem Spiegel der vielschichtigen Facetten des Widerstands gegen das NS-Regime wurde. Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen die Schicksale zahlreicher Häftlinge,

Eingangsbereich der
Ausstellung



darunter eine Vielzahl bislang kaum bekannter Regimegegner. Dargestellt werden ihr Werdegang, ihre Widerstandsaktivitäten, ihre Hafterfahrungen im »Hausgefängnis« und ihr weiteres Schicksal. Anhand ausgewählter Detailbiographien werden auch die lebensweltlichen Zusammenhänge einzelner Personen bzw. die konkrete Verfolgungspraxis der Gestapo näher beleuchtet. Mit Kurzbiographien wird außerdem auf die Gestapobeamten hingewiesen, die als Vernehmer eine besondere Rolle spielten. Überblickskapitel zur Geschichte von SS und Polizei ermöglichen die Einordnung der Geschichte des »Hausgefängnisses« in den Gesamtzusammenhang des »SS-Staates«. Die Ausstellung endet nicht mit dem Jahr 1945. Ein Ausblick auf die Nachkriegszeit veranschaulicht, daß viele der ehemaligen Häftlinge, die den NS-Terror überlebten, die politische Entwicklung in Ost und West engagiert mitbestimmt haben. Skizziert wird auch, wie der historische Ort nach Jahren der Verdrängung in den 1980er Jahren wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit geriet.

Die öffentlichen Auseinandersetzungen über den Umgang mit diesem »Ort der Täter« machten das »Hausgefängnis« und seine bei Grabungen freigelegten baulichen Reste zu einem Anknüpfungspunkt für die Erinnerung an die Opfer.

Die Dokumentation wird durch Rahmenangebote ergänzt. Eine Hörstation bietet Auszüge aus Interviews mit ehemaligen Häftlingen, die über ihre Hafterfahrungen berichten. Eine Personendatenbank ermöglicht die Recherche aller bislang bekannten Häftlinge und enthält kurze biographische Hinweise, Fotos und Dokumente. Außerdem



stehen Lesemappen mit Auszügen aus Erinnerungsberichten und Interviews sowie mit ausgewählten Dokumenten von Geheimer Staatspolizei und Justiz für eine vertiefende Lektüre bereit. Zur Ausstellung ist ein Katalog erschienen, der sämtliche Abbildungen und Texte sowie eine Namensliste aller bisher bekannten Häftlinge des »Hausgefängnisses« enthält. Eine ab September laufende Vortrags- und Diskussionsveranstaltungsreihe wird sich schwerpunktmäßig mit der Praxis der politischen Verfolgung durch die Gestapo befassen.

Die Ausstellung basiert auf intensiven Archivrecherchen, die durch den Umstand erschwert wurden, dass es der Gestapo offensichtlich gelungen ist, bis Kriegsende so gut wie alle Haftunterlagen zu vernichten. Nur wenige Unterlagen der Gefängnisverwaltung sind überliefert. Zu den wichtigsten Quellen gehören die Akten des Oberreichsanwalts, die sich heute im Bundesarchiv befinden. Neben den Dokumenten der Justiz enthalten sie die Ermittlungsunterlagen der Gestapo, z.B. die Vernehmungsprotokolle, und häufig auch die originalen Fotos des Erkennungsdienstes, von denen über 500 vorliegen. Darüber hinaus konnten seit November 1989 insgesamt 39 Interviews mit ehemaligen Häftlingen geführt werden, die zusammen mit den publizierten Erinnerungen eine wichtige Ergänzung zu den archivalischen Überlieferungen darstellen. Verglichen mit der Ausgangssituation 1987, als die Dokumentation »Topographie des Terrors« eröffnet wurde, hat sich der Kenntnisstand grundlegend erweitert. Inzwischen konnten die Namen von fast 3 000 Häftlingen recherchiert und zu vielen Personen auch biographische

Erkennungsdienstliche Fotos der Geheimen Staatspolizei.

Im Hintergrund eine Schotterfläche, die die Lage der unter Denkmalschutz gestellten Reste der Zellenböden des »Hausgefängnisses« markiert.



Blick Richtung Nieder-
kirchnerstraße.
Fotos: Margret Schmitt,
Gestalterin der Ausstel-
lung, August 2005

Daten ermittelt werden. Vor diesem Hintergrund besteht mit der Sonderausstellung erstmals die Möglichkeit, die Geschichte des »Hausgefängnisses« umfassend und systematisch darzustellen. Sie liefert die Basis für die spätere Präsentation des Themas als Teil der geplanten Dauerausstellung im – hoffentlich in absehbarer Zeit realisierten – neuen Dokumentationszentrum der Stiftung auf dem Gelände der »Topographie des Terrors«.

Ausstellungsort

Gelände der »Topographie des Terrors«
Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Öffnungszeiten

täglich 10–20 Uhr ab Oktober von 10 Uhr bis Einbruch der Dunkelheit,
spätestens 18 Uhr, Eintritt frei

Information

Andreas Sander
(Ausstellungs-Kurator)
und Dr. Erika Bucholtz
sind wissenschaftliche
Mitarbeiter der Stiftung
Topographie des Terrors.

Stiftung Topographie des Terrors, Andreas Sander
Stresemannstraße 111, 10963 Berlin
Tel. 030 254509-19 | sander@topographie.de
Führungen nach Vereinbarung
Tel. 25486703 | ausstellung@topographie.de

Das Ökumenische Jugendprojekt Mahnmal

Jürgen Stude

Am 24. Oktober 2004 wurde auf dem Gelände der Tagungsstätte der Evangelischen Jugend in Neckarzimmern der Grundstein für das Mahnmal zur Erinnerung an die am 22. Oktober 1940 deportierten badischen Juden eingeweiht. Auf einer – frei zugänglichen – Wiese des Tagungsgeländes bildet ein Betonfundament in 50 cm Streifenbreite einen 25 mal 25 m großen Davidstern. Dieser Stern wird die Erinnerungssteine aus den Deportationsorten aufnehmen. Einige sind bereits fertig gestellt, andere sind noch in Bearbeitung.

Das Neckarzimmerer Mahnmal ist die einzige Gedenkstätte, die an die deportierten badischen Juden und den 22. Oktober 1940 erinnert. Es entstand im Rahmen des ökumenischen Jugendprojekts Mahnmal, das ich hier vorstellen möchte.

Der 22. Oktober 1940 und die Deportation der badischen Juden in das Lager Gurs in Südwestfrankreich

Ausgangspunkt des Jugendprojektes Mahnmal ist die Deportation am 22. Oktober 1940, dem schwarzen Tag der badischen Geschichte. Die NS-Gauleiter von Baden und der »Saarpfalz«, Robert Wagner und Josef Bürckel, sahen nach der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 die Möglichkeit gekommen, ihre »Gäue« als die ersten im Deutschen Reich für »judenfrei« zu erklären. Eine zwischen der deutschen Waffenstillstandskommission und Vertretern der französischen Vichy-Regierung getroffene Vereinbarung beinhaltete die Abschiebung der französischen Juden und Jüdinnen aus dem Elsass und aus Lothringen. Die Gauleiter, zu deren Verwaltungsbereich die beiden besetzten Gebiete nunmehr gehörten, legten diese Vereinbarung vertragswidrig aus und veranlassten am 22. Oktober 1940 die Ausweisung der jüdischen Bevölkerung aus ihrem Herrschaftsbereich nach Frankreich.

Die Opfer waren von der Aktion völlig überrascht. Am 22. Oktober 1940 erschienen Gestapo-Männer an ihren Wohnungstüren und forderten sie auf, ihre Sachen zu packen. Manchen der Deportierten ließ man nicht einmal die zwei Stunden, welches ein für die Abwicklung der sogenannten Abschiebeaktion vorbereitetes Merkblatt vorsah. Für den Transport der etwa 6 500 Personen stellte die Reichsbahn neun Sonderzüge bereit, die bei Breisach den Rhein passierten und von den französischen Behörden schließlich zu dem in den Pyrenäen gelegenen Lager Gurs weitergeleitet wurden. Als die Deportierten dort ankamen, befanden sich ca. 900 Menschen im Lager. Innerhalb weniger Tage stieg ihre Zahl auf über 13 000 an. Durch Stacheldraht zur Außenwelt abgesperrt, waren die Internierten auf einer Fläche von etwa drei Quadratkilometern eingesperrt.

Das »Camp de Gurs« wurde 1939 von der französischen Regierung zur Aufnahme von Flüchtlingen aus dem spanischen Bürgerkrieg errichtet. Es lag in Südfrankreich am Fuße der Pyrenäen, nahe der spanischen Grenze. Insgesamt waren zwischen 1939 und 1945 über 60 000 Menschen in Gurs interniert. Das Lager bestand aus ca. 380 Baracken, die weder sanitäre Anlagen noch Trennwände und verglaste Fenster hatten. In einer Baracke

waren etwa 50 bis 60 Menschen untergebracht. Die Lagerverwaltung Gurs war auf die Unterbringung und Verpflegung der über 6 000 Menschen in keiner Weise vorbereitet. Es fehlten ausreichend Nahrung, Medizin und Kleidung. Zu der bitteren Kälte kam noch eine Ruhrepidemie, die Hunderte von Menschen das Leben kostete. Die meisten Todesopfer forderten die Wintermonate zwischen November 1940 und April 1941. Es waren vor allem ältere und gebrechliche Menschen, die sich von dem Schock der Deportation nicht mehr erholen konnten und keine Kräfte mehr besaßen, um den Lagerbedingungen standhalten zu können.

Verschiedene jüdische und christliche Hilfsorganisationen versuchten, den Internierten das Leben zu erleichtern und besorgten Medikamente, Kleidung und Essen. Einige der Deportierten wurden ab Februar 1941 in kleinere Nebenlager verlegt. Dort fanden sie etwas bessere hygienische Verhältnisse vor und eine ausreichendere Versorgung mit Lebensmitteln.

Das Lager Gurs mit seinen Nebenlagern ist nicht mit den Todeslagern im Osten gleichzusetzen; es war kein Vernichtungslager wie Auschwitz oder Treblinka. Wer im Besitz von Auswanderungspapieren war, durfte bis Sommer 1942 legal auswandern, allerdings nur in solche Länder, die nicht oder noch nicht in den Krieg eingetreten waren. Anderen gelang es mit Hilfe von Widerstandsgruppen und Hilfsorganisationen aus den Lagern zu fliehen und im Untergrund die Verfolgungszeit zu überleben. Für die meisten der Deportierten bedeutete jedoch Gurs eine Zwischenstation auf ihrem Leidensweg. Ab März 1942 veranlasste Theodor Dannecker, der Leiter des Judenreferates der Gestapo und Bevollmächtigter Eichmanns in Frankreich, Transporte in den Osten. Die aus Viehwagen zusammengestellten Deportationszüge wurden über das Sammellager Drancy bei Paris nach Auschwitz bzw. Sobibor weitergeleitet. Die allermeisten der Deportierten wurden noch am Tag ihrer Ankunft in den KZs ermordet.

Die Idee des Jugendprojekts

Die Deportation traf insgesamt 137 Gemeinden. Die meisten Deportierten kamen aus Mannheim (über 2 000 Personen) und aus Karlsruhe (ca. 900), aus einigen Orten wurde nur eine Person deportiert, wie z.B. aus dem kleinen Weiler Saig im Hochschwarzwald. In etlichen der 137 Gemeinden ist das Gedenken an den 22. Oktober 1940 Teil der kommunalen Erinnerungskultur, in anderen Orten ist nicht einmal bekannt, dass jüdische Menschen dort lebten und verfolgt wurden.

Die Idee des Jugendprojekts ist so einfach wie genial: In jedem der Deportationsorte sollen Jugendgruppen oder Schulklassen sich der Deportationsgeschichte annehmen und zwei identische Gedenksteine herstellen. Einer der beiden Gedenksteine soll in der Gemeinde bleiben und dort einen angemessenen Standort erhalten, der andere wird Teil des zentralen Mahnmals in Neckarzimmern. So hat das Projekt einen dualen Charakter mit dem Mahnmal als zentralen Fixpunkt und den dezentralen Aktivitäten der Gruppen vor Ort. Der künstlerische Leiter des Projektes Karl Vollmer aus Gondelsheim, von dem der Entwurf für das Mahnmal stammt, verwies bei der Grundsteinlegung auf den Prozesscharakter des Projektes. Er selbst habe lediglich den »statischen Teil« geschaffen. »Der andere Teil – der dynamische – ist die Erinnerungsarbeit der Jugend in den Heimatgemeinden und die Anfertigung der Steine als Erinnerungszeichen«.

Die Idee zu diesem Projekt wurde von dem katholischen Arbeitskreis »erinnern und begegnen – forum christlicher gedenkarbeit« entwickelt. Da aber der Umfang des landes-



Die Deportation der Kippenheimer Familie Maier am 22. Oktober 1940.
Foto: Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e.V.

weiten Projektes die Möglichkeiten eines ehrenamtliches Gremiums übersteigt, wurde die Verantwortung für seine Durchführung an die hauptamtliche Struktur der katholischen Jugendarbeit der Erzdiözese Freiburg übergeben. Seit 2002 ist auch das Amt für Evangelische Kinder- und Jugendarbeit der Badischen Landeskirche als Projektpartner beteiligt. Die ökumenische Dimension erweitert den Kreis der anzusprechenden Gruppen und Personen.

Der Standort Neckarzimmern

Lange war unklar, wo das Mahnmal seinen Standort finden würde. Klar war nur, dass es auf dem Gelände einer kirchlichen Einrichtung, die von vielen Jugendlichen frequentiert wird, errichtet werden sollte. Von der Geschichte der Deportation her gesehen, hätte sich natürlich Karlsruhe als Hauptstadt des ehemaligen Landes Baden angeboten, von wo aus der Befehl zur Deportation ergangen war oder Mannheim, wo über 2 000 Menschen dem Deportationsbefehl folgen mussten. Nach einem längeren Suchlauf entlang der Rheinschiene wurde die Peripherie ins Auge gefasst. Schließlich fand sich in der Tagungsstätte Neckarzimmern ein geeigneter Ort. Neckarzimmern liegt zwar im nord-östlichen Teil Badens, betrachtet man aber die Karte mit den Deportationsorten, so zeigt es sich, dass die meisten in Nordbaden liegen.

Die Tagungsstätte hat für das Projekt eine zusätzliche Symbolkraft, da auf seinem Gelände während des Zweiten Weltkrieges Zwangsarbeiter interniert waren. Aber auch andere Orte der Region Oberer Neckar waren Schauplatz nationalsozialistischer Verfolgung. KZ-Häftlinge mussten Zwangsarbeit in den Gipsstollen für die Rüstungsindustrie der Wehrmacht leisten, die zahlreichen jüdischen Gemeinden fielen dem Rassenwahn zum Opfer – unter diesen auch die israelitische Gemeinde Neckarzimmern, deren letzte dort noch lebenden Mitglieder ebenfalls am 22. Oktober 1940 verschleppt wurden. Diese dunkle Seite der Geschichte wird dokumentiert durch etliche Gedenkstätten und

Gedenkorte in der Region. Das Mahnmal in Neckarzimmern ist ein weiterer Baustein dieser regionalen Erinnerungskultur.

Die Projektleiter

Bei ihren Recherchen erhalten die Gruppen Unterstützung durch den evangelischen und den katholischen Projektleiter. Diese haben die Aufgabe, das Jugendprojekt zu koordinieren und stehen den Gruppen gemeinsam mit weiteren sachkundigen Personen beratend zur Seite. Zum Service der Projektleiter gehört auch die Bereitstellung von Informationen und Materialien sowie eine Fotoausstellung zur Deportation der badischen Juden und Jüdinnen und eine Computerpräsentation mit den wichtigsten Informationen über das Projekt. Je nach Möglichkeit sind sie auch bereit, vor Ort das Projekt näher zu erläutern und bei der Entwicklung lokaler Initiativen mitzuwirken. Sie vermitteln ebenso Kontakte zu Zeitzeugen, halten Vorträge zum Thema und geben Literaturhinweise zur Geschichte der badischen Juden und Jüdinnen, der jüdischen Gemeinden, der Deportation und zum Lager Gurs.

Die Projektleiter pflegen eine homepage (www.mahnmal-projekt.de), die einen aktuellen Überblick über den Stand des Projektes bietet. Dort finden sich auch die Ergebnisse derjenigen Gruppen, die ihre Dokumentation bereits abgeschlossen haben, Presseartikel, eine Link-Sammlung und Fotos von Aktionen.

Die Gruppen

Zielgruppe des Projektes sind in erster Linie kirchliche Jugendgruppen, Firmgruppen, Konfirmandengruppen und Pfadfinderstämme. Um diese zu erreichen, wurden die badischen Pfarreien und die kirchlichen Amtsträger und Funktionäre mit Informationsmaterial versorgt und über die Bedingungen des Projektes informiert.

Eine von den Projektleitern herausgegebene Arbeitshilfe gibt Hinweise, wie auf eine sinnvolle Weise in die Gedenkarbeit und Spurensuche vor Ort eingestiegen werden kann. Dort werden auch Fragen formuliert, die bei der Spurensuche hilfreich sein können.

- In welchen Häusern haben die Juden/Jüdinnen gelebt?
- Wie waren ihre Namen?
- Welche Berufe hatten sie?
- Wie waren sie in die Gesellschaft integriert?
- Wie hat sich die Bevölkerung ihnen gegenüber verhalten?
- Welche politischen Veränderungen beeinflussten ihr Leben, gerade auch in ihren Heimatorten?
- Wo feierten sie Gottesdienste? Gibt oder gab es eine Synagoge am Ort?
- Gibt es noch andere Bauwerke, die mit der jüdischen Geschichte des Ortes in Verbindung stehen (z.B. ehemalige jüdische Schule, Gaststätte, Ritualbad usw.)?
- Gibt es hebräische Hausinschriften am Ort? Was bedeuten diese?
- Wo ist der nächste jüdische Friedhof? Was bedeuten die Symbole, die auf manchen Grabsteinen zu sehen sind?

Als Einstieg in die Spurensuche schlägt die Arbeitshilfe vor:

- Entdeckungsreisen vor Ort
- Forschungsarbeiten in Archiven (z.B. der Gemeinde, in Zeitungsarchiven)
- Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen (Menschen, die das Geschehen miterlebten und Überlebende der NS-Verfolgung)



2004, Grundsteinlegung
des Mahnmals

Die Gruppen sind aufgefordert die Ergebnisse ihrer Spurensuche zu dokumentieren und der lokalen Öffentlichkeit vorzustellen. Dies geschieht z.B. in Form von Ausstellungen, einer Computerpräsentation, eines Videos, einer schriftlichen Veröffentlichung, von dokumentierten Zeitzeugengesprächen z.B. auf einer Kassette oder in künstlerischer Form.

Gestaltung der Memorialsteine

Im Zentrum des Projektes stehen natürlich die beiden Gedenksteine pro Deportationsort, für deren Gestaltung von der Projektleitung einige Vorgaben gemacht werden, die unbedingt eingehalten werden müssen:

- Die Steine sollten zwischen 0,7 m und 1 m hoch sein.
- Die Grundfläche sollte möglichst genau 0,5 m x 0,5 m betragen.
- Zur Befestigung der Steine sollen zwei Bohrlöcher von 35 cm Tiefe und 2,5 cm Durchmesser vorgefertigt werden.
- Auf den Steinen soll der Deportationsort stehen, nicht aber die einzelnen Namen der Deportierten.
- Es müssen wetterfeste Materialien verwendet werden.
- Bei der Verwendung von jüdischen Symbolen soll Rücksprache mit den Projektleitern gehalten werden.
- Spezifisch christliche Symbole wie das Kreuz sollten nicht verwendet werden.
- Da die Steine in einem etwa 20 cm großen Abstand angeordnet werden, sollte die Vorderseite des Steines im Zentrum der Gestaltung stehen.

Die Umsetzung des Projektes durch die Gruppen

So einfach das Projekt in der Beschreibung klingt, so aufwändig ist die Umsetzung für die Gruppen. Insbesondere für selbst organisierte Jugendgruppen ist es bereits eine

Gesamtansicht des
Mahnmals



große Herausforderung in den Besitz von zwei Steinen zu kommen. Hier sind sie in der Regel auf die Unterstützung von Erwachsenen angewiesen, die ihnen Kontakte zu Steinmetzen, Archiven, Gemeindeverwaltungen usw. vermitteln. Auch bei der Befragung von Zeitzeugen ist oft die Hilfe von Erwachsenen notwendig. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass vorwiegend Gruppen sich beteiligen, die von hauptamtlichen Mitarbeitern wie Pfarrern oder Diakonen, geleitet werden. Es sind auch einige Schulen engagiert, die das Projekt in den fächerübergreifenden Unterricht einbauen.

Bereits bei der Grundsteinlegung konnten die ersten 14 Gedenksteine begutachtet werden. Es sind Steine aus Grötzingen, Offenburg, Ihringen, Kirchen bei Lörrach, Kleineichholzheim, Flehingen, Offenburg, Messelhausen, Schriesheim, Breisach, Haslach im Kinzigtal, Eichstetten, Kuppenheim und Neckarzimmern. Sie wurden von einem in Neckarzimmern ansässigen Steinmetz sorgfältig in das Betonband verankert.

In der Regel haben die Gegenstücke der auf dem Mahnmal angebrachten Steine einen würdigen Platz in der jeweiligen Heimatgemeinde gefunden. Es gab aber in dem einen oder anderen Ort Widerstände, wie z.B. in einer Gemeinde im badischen Bauland. Dort wurde sogar eine Leserbriefkampagne gestartet um die Aufstellung des Steines auf dem zentralen Gemeindeplatz zu verhindern. Der Tenor der Kampagne lautete: Ein Holocaust-Mahnmal in Berlin ist genug.

Beachtlich sind die dokumentarischen Ergebnisse der Gruppen. Während eine Gruppe eine Ausstellung über die Deportierten organisierte, kreierte eine andere Gruppe eine Homepage. Wieder eine andere Gruppe verfasste eine Broschüre zu den Schicksalen der Deportierten aus ihrer Gemeinde.

Das Mahnmal – obwohl bislang nur mit wenigen Gedenksteinen bestückt – stößt auf großes Interesse der in der Tagungsstätte untergebrachten Gruppen und Schulklassen, die die mit ihm verbundene Thematik oft in ihr Tagungs- bzw. Freizeitprogramm einbeziehen. Es kommen auch bewusst Gruppen aus Deportationsorten, um ihren Stein



Links: Stein der
Gemeinde Messelhausen
Rechts: Stein der
Gemeinde Kuppenheim
Fotos: Jürgen Stude

dort im Rahmen eines Wochenendprojektes herzustellen. Interessant ist aber auch zu beobachten, dass zunehmend Einzelbesucher, Wandergruppen oder Menschen, die einen persönlichen Bezug zu den Deportierten des 22. Oktober 1940 haben, den Weg nach Neckarzimmern finden.

Derzeit sind etwa 50 Gruppen aktiv. Vermutlich werden bei der feierlichen Übergabe des Mahnmals am 24. Oktober 2005 an die Öffentlichkeit bei weitem noch nicht aus allen 137 Deportationsorten Steine vorhanden sein. Da aber ständig Gruppen aus ganz Baden in Neckarzimmern tagen oder Freizeiten durchführen, werden immer wieder Menschen durch das Mahnmal angeregt, in ihrem Dorf oder ihrer Stadt nach der Geschichte der einst dort ansässigen jüdischen Gemeinde zu forschen und sich dem Projekt anzuschließen. Schließlich besteht auch nach der Einweihung am 24. Oktober 2005 die Möglichkeit, einen Stein in Neckarzimmern anzubringen.

Jürgen Stude ist Landesjugendreferent der Evangelischen Kirche in Baden, evang. Projektleiter des Ökumenischen Jugendprojektes Mahnmal und Vorsitzender des Fördervereins Ehemalige Synagoge Kippenheim.

Kontakte

Boris Gschwandtner, Bildungsreferent
Erzbischöfliches Seelsorgeamt, Abteilung Jugendpastoral
Okenstr. 15, 79108 Freiburg
Tel. 0761 5144-247 | Fax 0761 5144-76247
mahnmal@seelsorgeamt-freiburg.de

Jürgen Stude, Landesjugendreferent
Evang. Amt für Kinder- und Jugendarbeit
Arbeitsstelle Frieden
Blumenstr. 1-7, 76137 Karlsruhe
Tel. 0721/9175-470 | Fax 0721/9175-479
Juergen.Stude@ekiba.de

Das Lager Breendonk: vom SS-Auffanglager bis zum Mahnmal für Menschenrechte

Patrick Nefors

»Die Hölle von Breendonk, Breendonk-der-Tod«, »das Lager des schleichenden Todes«,... die Titel dieser Memoiren von Ex-Gefangenen des Auffanglagers Breendonk lügen nicht. In Belgien ist Breendonk, das Lager der Sicherheitspolizei-Sicherheitsdienstes (Sipo-SD), schon mehr als sechzig Jahre lang das Symbol »par Excellence« von den Schrecken der Nazibesetzung: das drillharte Lagerregime, die Folterungen und Exekutionen verliehen ihm den Ruf, eine Hölle zu sein. Um die Erinnerung daran am Leben zu erhalten, verlieh ihm das belgische Parlament im Jahr 1947 den Status eines nationalen Mahnmals. Ende des letzten Jahrhunderts wurde deutlich, dass das aus den 50er Jahren stammende Museumswerk dringender Erneuerungen bedurfte. Mit Unterstützung des Verteidigungsministeriums wurden die Renovierungsarbeiten zügig vorangetrieben. Im Mai 2003 wurde die Gedenkstätte durch König Albert II feierlich eingeweiht. Seither steigen die Besucherzahlen ständig.

Von der Festung zum Auffanglager¹

Vor dem Zweiten Weltkrieg war der Name Breendonk nur denjenigen ein Begriff, die die militärische Geschichte kannten. Auf dem Grundgebiet der kleinen Gemeinde Breendonk wurde 1906 eine Festung gebaut. Sie gehörte zu einem Gürtel von Festungen, die die wichtige Hafenstadt Antwerpen umringten. Während des Ersten Weltkriegs wurde es zehn Tage lang von der deutschen Artillerie unter Beschuss genommen. Der Kommandant der Festung fiel und die Festung selbst ergab sich am 10. Oktober 1914. Der durch den Beschuss angerichtete Schaden hielt sich allerdings in Grenzen. Zwischen den Kriegen wurde die Festung kaum genutzt, doch 1939 wurde erneut daran gearbeitet, um sie brauchbar zu machen. Breendonk sollte das Hauptquartier der belgischen Armee werden. Am Tag der deutschen Invasion, dem 10. Mai 1940, machte es König Leopold III, Oberbefehlshaber der belgischen Armee, für sich und seinen Stab zu seinem Quartier. Doch bereits am 17. Mai wurde die Festung wieder verlassen: die Deutschen waren im Anzug. Am 28. Mai kapitulierte die belgische Armee.

Weniger als vier Monate später, am 20. September, brachte SS-Sturmabführer Philipp Schmitt die ersten vier Gefangenen ins Auffanglager Breendonk, das Lager der Sipo-SD für Belgien und Nordfrankreich. Breendonk wurde damit zu einem der vielen Polizeilager² im besetzten Europa, die allerdings häufig verschiedene Namen trugen: das niederländische Amersfoort nannte man beispielsweise Polizeiliches Durchgangslager, Breendonk wiederum »Auffanglager« oder auch »Anhaltelager«. Da für Belgien und Nordfrankreich nur eine Militärverwaltung verantwortlich war, fielen die Sipo-SD und ihr Lager im Prinzip unter deren militärische Leitung. In der Praxis waren Eingriffe dieser militärischen Leitung nicht immer gleich effektiv. So trat die Militärverwaltung auf, um einige Missstände zu beseitigen, bei anderen schaute sie wiederum weg.

Allerdings sollte es ein Jahr lang dauern, bevor sich die Militärverwaltung mit Breendonk befasste. Breendonk war im ersten Jahr seines Bestehens lediglich ein kleines

Lager. Erst im Januar 1941 zählte es mehr als 100 Gefangene. Bis Juni 1941 bestand die Hälfte der Lagerbevölkerung aus jüdischen Gefangenen vor allem aus Zentral- und Osteuropa als Opfer der antisemitischen Politik der Besatzer; einige unter ihnen wurden auch aus politischen Motiven (z.B. ein antifaschistischer Journalist) verhaftet. Die andere Hälfte setzte sich vor allem aus belgischen politischen Gefangenen zusammen. Zu Beginn handelte es sich nicht oder noch nicht um Mitglieder von Widerstandsgruppen, sondern um Menschen, die sich individuell oder kollektiv abweisend gegenüber der Besatzungsmacht zeigten. Ein typisches Beispiel waren belgische Patrioten, die am 11. November 1940 eine anti-deutsche Demonstration am Mahnmal des Unbekannten Soldaten organisiert hatten.

Von Beginn an war die Behandlung hart, wenngleich es in den ersten Monaten noch keine Todesopfer zu beklagen gab. Am 17. Februar 1941 starb ein älterer jüdischer Mann, Julius Nathan. Auch wenn in den kommenden Monaten noch einige Todesopfer zu verzeichnen waren, brach die eigentliche Hölle erst im Sommer 1941 los. Nach dem deutschen Einfall in die Sowjetunion am 22. Juni 1941 verdoppelte sich die Anzahl der Gefangenen in einigen Monaten durch einen Strom verhafteter Kommunisten und in Belgien verbliebener Russen. Gleichzeitig verschlechterte sich die Behandlung im Lager – Halbierung der an sich schon mageren Rationen mit Aufflackern von Gewalt –, so dass in den drei Monaten nach dem 22. Juni sechzehn Inhaftierte, meist ältere jüdische Männer, starben.

Diese Sachlage alarmierte zunächst den Oberrabbi, dann belgische höhere Kreise und auch die Militärverwaltung, die nach einer ersten gleichgültigen Reaktion die Sache doch ernst nahm. Es folgten Inspektionen, die Rationen besserten sich, ernsthaft Kranke wurden in das Krankenhaus von Antwerpen überwiesen und Gefangene, die aus nichtigem Grund verhaftet waren, wurden frei gelassen (darunter auch eine Reihe von Juden). Der erste Transport mit belgischen politischen Gefangenen in das Konzentrationslager Neuengamme am 22. September 1941 verringerte die Zahl der Lagerinsassen weiter. Zwischen 1941–1944 folgten weitere Konvois in andere Lager oder Gefängnisse wie Mauthausen, Vught, Essen, Esterwegen, Buchenwald.... Insgesamt wurden zwei von drei Breendonk-Gefangenen deportiert; nur einer von zwei Breendonk-Gefangenen überlebte den Krieg. Die Mehrzahl starb also fern der Heimat.

Im Frühjahr 1942 befanden sich immer noch etwa hundert Gefangene im Lager. Nach Eingriffen der Militärverwaltung ging es ein Jahr lang weniger schlecht in Breendonk zu (nur ein Toter zwischen Oktober 1941 und September 1942). Allerdings änderte sich 1942 die Zusammensetzung der Lagerbevölkerung: Breendonk wurde immer mehr zum Lager für den belgischen Widerstand. Im Sommer 1942 wurde die jüdische Lagerbevölkerung zur kleinen Minderheit, nachdem die Dossinkaserne von Mechelen als Judensammellager vor der Deportation nach Auschwitz eingerichtet wurde.

Die veränderte Zusammensetzung der Lagerbevölkerung spiegelte sich in der Architektur des Lagers wider. In den Jahren 1941–1942 wurden zwei Stuben in Zellblöcke mit Isolierzellen umgeformt, in denen Widerständler in Einzelhaft gehalten werden konnten. Dort mussten sie den ganzen Tag aufrecht stehen und verließen die Zelle nur, um unter Bewachung und mit einer Kapuze über dem Kopf ihren Nachttopf auszugießen. Danach wurde im Sommer 1942 eine Folterkammer eingerichtet, um Widerständler einem sogenannten »verschärften Verhör« zu unterziehen. Einer von ihnen war der in Belgien verbliebene Österreicher Hans Maier. Als Jean Améry veröffentlichte er seine Beobach-

tungen über »Die Tortur« in seinem Werk »Jenseits von Schuld und Sühne«: »Es war für einmal vorbei. Es ist noch immer nicht vorbei. Ich baumele noch immer, zweiundzwanzig Jahre danach, an ausgerenkten Armen über dem Boden, keuche und besichtige mich. Da gibt es kein Verdrängen.«

Im November 1942 wurde schließlich noch ein Hinrichtungsort angelegt. Bis zur Befreiung wurden 164 Menschen als Vergeltung für Partisanenanschläge exekutiert. Sie wurden von Wehrmachtssoldaten – nur einmal erschien eine SS-Einheit – oder auf Befehl der Militärverwaltung erschossen. Nach Mai 1943 wurden weitere 21 Gefangene nach ihrer Verurteilung gehängt.

Rechnet man die Exekutionsopfer, die auch nicht in Verantwortung der Lagerverwaltung getötet wurden, nicht mit, dann waren die Monate zwischen September 1942 und März 1943 die blutigsten in der Geschichte des Auffanglagers. Die kleine Hälfte von 84 Toten, die aufgrund der geringen Lagerverpflegung umkam, starb während dieser Zeit. Etwa ein Dutzend Gefangener wurden an der Wassergrabenkante nach einem grausamen Katz- und Mausspiel getötet; fast alle dieser Opfer waren Juden. In dieser Zeitspanne hatten auch Hunger und Unterernährung wieder zugenommen, was erneut zu einem Eingreifen der Militärverwaltung führen sollte. Sie schaute zwar hinsichtlich der Gewalttaten weg, unternahm jedoch etwas, um den Gefangenen mehr Essen zukommen zu lassen. Ab Ende des Jahres 1943 erfolgte sogar eine substantielle Verbesserung der Essensrationen, als die Wohlfahrtseinrichtung »Leopold III Tehuis« die Zulassung erhielt, Nahrung (und Kleider) für die Gefangenen zu liefern, auch wenn ein Großteil davon von der SS für eigenen Verbrauch oder Verkauf auf dem Schwarzmarkt abgezweigt wurde. Auch die Auswechselung des Lagerkommandanten während dieser Periode hatte eher günstige Auswirkungen. Schmitts Nachfolger, SS-Sturmabführer Karl Schönwetter wollte sicherlich die schlimmsten Missstände beseitigen. Allerdings verfügte er nur über eine schwache Persönlichkeit, so dass er nur teilweise Erfolg hatte. Während des letzten Besatzungsmonats flackerte erneut hier und da Gewalt auf.

Nach der Befreiung

Als die alliierten Armeen in Belgien aufrückten, wurde Breendonk evakuiert. Ende August wurden die noch im Lager verbliebenen Gefangenen in die Lager von Neuengamme und Vught deportiert. Danach nahmen auch die Bewacher Reißaus. Am Morgen des 4. September 1944 fuhren britische Panzer am leeren Lager vorbei, das noch am gleichen Tag durch Widerstandsgruppen eingenommen wurde. Von da an diente das Lager dem Widerstand als Gefängnis für Kollaborateure oder der Kollaboration verdächtige Personen. Nach vier Jahren Besatzung saß der Hass gegenüber all denen, die mit dem Besatzer zusammengearbeitet hatten, sehr tief. Die Geschehnisse in Breendonk verstärkten diese Hassgefühle weiter. Kollaborateure wurden misshandelt, vermutlich einer kam dabei ums Leben. Es dauerte noch bis Mitte Oktober, bevor der belgische Staat diesem Treiben ein Ende bereitete und das Lager räumen ließ. Zwischen 1945 und 1946 wurde das Lager erneut als Internierungszentrum für Kollaborateure genutzt, diesmal jedoch als offizielles Gefängnis des belgischen Staates; von Misshandlungen war keine Rede mehr. Die Zeitspanne zwischen dem 4. September und dem 11. Oktober 1944 ging in die Geschichte als »Breendonk II« ein. In Kreisen flämisch-nationalistischer Ex-Kollaborateure wird seither ständig versucht, die Entgleisungen von »Breendonk II« als mindestens



ebenso schlimm erscheinen zu lassen wie die Gräueltaten in dem NS-Lager Breendonk in der Zeit bis Anfang September 1944.

Breendonk. Die Eingangspforte der Festung.

Im Jahr 1946 wurden 23 »Henker von Breendonk«, wie sie im Volksmund allgemein genannt wurden, vor ein belgisches Militärgericht gebracht. Das Interesse an diesem »Prozess von Mechelen« war in der belgischen Bevölkerung sehr groß. Die Angeklagten waren sowohl flämische SSler (die ab September 1941 in Breendonk eingesetzt wurden) als auch »Funktionshäftlinge« (Kapo's, im Sprachgebrauch von Breendonk auch Vorarbeiter, Stubenälteste, die auch »Zugführer« genannt wurden) und flämische Bürgerarbeiter. Die berühmtesten unter ihnen waren die SSler Wyss, der wegen 16 Fällen von Mord und Totschlag angeklagt wurde, und De Bodt sowie der jüdische Obervorarbeiter Walter Obler aus Wien, die alle den Tod mehrerer Gefangener zu verantworten hatten. Sechzehn der Henker wurden zum Tode verurteilt, davon zwei, darunter auch De Bodt, in Abwesenheit: zwölf wurden erschossen. Im Jahr 1949 folgte der Prozess von Lagerkommandant Schmitt. Seine Exekution im Jahre 1950 war die letzte, die in Belgien stattfand. Die Umwandlung der Todesstrafe des erst 1951 verhafteten Richard De Bodt in lebenslange Gefangenschaft empörte die belgischen politischen Gefangenen. Ihr massiver Protest führte zwar zum Rücktritt des Justizministers, änderte jedoch nichts an dem Urteil für De Bodt, der 1975 im Gefängnis starb.

Andere deutsche SSler kamen glimpflich davon. Zwar gerieten einige von ihnen nach dem Krieg in belgische Gefangenschaft, wurden aber, von einigen Ausnahmen abgesehen, wieder frei gelassen, manchmal allerdings erst nach Monaten oder Jahren Gefängnis. Die meist gefürchteten deutschen SSler wurden nie gefasst. SS-Untersturm-

fürer Arthur Prauss, der die Aufsicht über die Gefangenen hatte, soll im April 1945 in Berlin umgekommen sein. SS-Obersturmführer Johann Kantschuster, der höchstwahrscheinlich hinter den Morden am Wassergrabenrand stand, blieb nach 1945 vermisst. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre leitete das deutsche Gericht eine Untersuchung über die Schuld des zweiten Lagerkommandanten Schönwetter und andere deutsche SSler von Breendonk ein; da das deutsche Recht nur noch die Verfolgung von Personen zuließ, die sich persönlich an Mord und Totschlag schuldig gemacht hatten, wurden schließlich diese Verfahren eingestellt.

Eine Nationale Gedenkstätte

Nach dem Krieg machten sich einige prominente Ex-Gefangene Sorgen um die Bestimmung und die Konservierung der Stätte. »Die grausigen Grabenböschungen von damals« waren in »blumenreiche Gärtchen« umgewandelt, schrieb der Zeitzeuge Paul Lévy. Ein anderer Mitgefangener, das sozialistische Parlamentsmitglied Gaston Hoyaux, hatte sich im Jahr 1946 während der jährlichen Erinnerungsfeierlichkeiten über die Reaktion des Publikums geärgert: die Menge hatte sich vor den Eingang des Lagers geschoben und die früheren Gefangenen zu Seite gedrängt. Seiner Ansicht nach waren sie nicht nach Breendonk gekommen, um die Opfer zu ehren, sondern aus ungesunder Neugier, um die (damals dort einsitzenden) Kollaborateure anzustarren und zu beleidigen. Kinder waren auf die Festungswälle geklettert, so als ob sie in den Dünen spielten, und Erwachsene auf das Schafott des Galgens... Kurz,: »Breendonk war Breendonk nicht mehr! Die Hölle war verändert.«, wettete Hoyaux im Parlament. Gleichzeitig brachte er einen Gesetzentwurf ein, um Breendonk zu einem nationalen Mahnmal auszurufen. Mit dem Gesetz vom 19. August 1947 hatte er sein Ziel erreicht. Dieses Gesetz ermöglichte die Errichtung eines autonomen öffentlichen Vereins mit eigener Rechtspersönlichkeit, an die der belgische Staat seine vollen Eigentumsrechte an der Festung sowie deren Einrichtungen abtrat. Die Verwaltung dieses neuen Vereins wurde in die Hände eines Verwaltungsrates gelegt, der von früheren Gefangenen überwacht wird.³

Kraft Gesetz wurde auch der Auftrag des Mahnmals festgelegt: Neben dem Erhalt des Ortes mussten auch »alle nützlichen Maßnahmen durchgeführt werden, um das Andenken an die Festung von Breendonk als auch die Ereignisse, die dort geschehen sind, im Geiste der Nation in Erinnerung zu behalten, den Bürgersinn wach zu halten und die vaterlandsliebende Erziehung der Jugend zu fördern«. Die Erinnerung an das tragische Kriegsgeschehen ist in Breendonk somit in eine stark patriotisch gefärbte Beweisführung eingebettet, die auch »Lektionen aus dem Krieg« einbeziehen wollte. So wies Hoyaux beispielweise auch darauf hin, dass der Krieg auch die Demokratie konsolidiert hatte. Der erste Konservator (und spätere Vorsitzende), der Ex-Gefangene und Journalist Paul M. G. Lévy, erklärte anlässlich der Eröffnungszeremonie, dass Breendonk auch »die Aufmerksamkeit auf die Unmenschlichkeit von Diktaturen lenken und eine Lektion in Sachen Liebe, Brüderlichkeit und Bescheidenheit sein muss«.

Sowohl die patriotische Einfärbung als auch die Tatsache, dass die Verwaltung auf den Schultern früherer Gefangener lag, hatte auch Folgen für die Museumstechnik selbst. Erstens wurde bis dahin kaum darauf geachtet, wer die Gefangenen von Breendonk individuell waren. Nach dem bis dahin geltenden Verständnis war Breendonk der Ort, wo tapfere Belgier gelitten hatten, damit andere in Freiheit leben konnten. Eine solche Vorgabe schließt von vorne herein aus, die Diversifizierung der Lagerbevölkerung in den



Eine patriotische Feierlichkeit im Jahr 1947. Die Menge steht auf den Kuppeln des Lagers.

Vordergrund zu rücken: eine Diversifizierung sowohl nach Verhaftungsgründen (aus Rassismus, als Geisel, wegen anti-deutscher Haltung, wegen Widerstandstätigkeiten) als auch nach politischer, antideutscher Einstellung. Die heutige Porträtgalerie von Gefangenen im ersten Museumssaal, die gerade ein solches repräsentatives Bild zeichnen will, wäre früher undenkbar gewesen. Selbst zu Beginn des 21. Jahrhunderts stieß diese Auswahl, die eigentlich ohne große Diskussion vom wissenschaftlichen Ausschuss der Gedenkstätte gutgeheißen wurde, auf einigen Widerstand seitens mancher Ex-Gefangener, die sich selbst, die eigene Familie oder das eigene Wohngebiet nicht als hinreichend berücksichtigt sahen. Vor fünfzig oder sechzig Jahren wäre eine solche Auswahl auf unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten gestoßen. In internen Kreisen der Gedenkstätte entbrannte in den ersten Nachkriegsjahren dann auch ein politischer Streit, bei dem sich vor allem Katholiken und Kommunisten gegenüber standen. Die ersteren gewannen den Streit, da für die nicht-kommunistischen streng »Antiklerikalen« (dixit Lévy) im Verwaltungsrat die antikomunistische Haltung stärker als die antiklerikale war.

Auch das Interesse am »Henker von Breendonk« beschränkte sich früher auf einen einzigen Museumssaal, in dem über die zwei wichtigsten Prozesse gegen die Kriegsverbrecher von Breendonk informiert wurde (der Mechelen-Prozess und der Prozess gegen Schmitt). Damals wurden die Hintergründe dieser Individuen nicht hinreichend vertieft, wie es gegenwärtig in der wissenschaftlichen Literatur üblich ist. In dem Raum, der zwischen 1940/41 als SS-Büro diente, wird nun über die Lebensläufe der wichtigsten deutschen und flämischen SSler des Lagers informiert.

Noch weniger denkbar wären die Auskünfte im letzten Saal über die Breendonk II-Epoche zwischen September und Oktober 1944. Auch auf dieses weniger glorreiche Blatt in der Geschichte des Lagers wird nun kurz eingegangen und die begangenen Handlungen in ihren geschichtlichen Zusammenhang gerückt.

Viel Aufmerksamkeit in der Gedenkstätte »alten Stils« wurde der Rolle von Monseigneur Gramman, Hauptfeldgeistlicher der Wehrmacht für Belgien und Nordfrankreich, gewidmet. Dieser österreichische Prälat durfte den zum Tode Verurteilten in der letzten Stunde vor ihrem Tod beistehen und nannte sich »Priester für die Katholiken und Freund für alle anderen«. Seine menschlichen Verdienste wurden nie bezweifelt, doch seine Rolle wird in den Augen vieler Nicht-Katholiken zu stark hervorgehoben (so kam in der zur Gedenkstätte umgewandelten ehemaligen Schneiderei ein großer Altar zu Ehren von Mgr. Gramman hinzu). Seit der Renovierung ist dieser Saal dem

Thema Lagerschneiderei gewidmet, während an Mgr. Gramman im rein geschichtlichen Zusammenhang in einem anderen Saal gedacht wird. Der Hauptverantwortliche für die Mgr. Gramman gewidmete Aufmerksamkeit war der bereits genannte Paul M.G. Lévy, ein zum Katholizismus Bekehrter jüdischen Ursprungs, der mit Gramman befreundet war.

Mit den Jahren verlor die patriotische Erinnerung in der belgischen Gesellschaft immer mehr an Bedeutung. Parallel dazu sank auch das Interesse an Breendonk, auch wenn es dafür noch andere Ursachen gab. Breendonk war in den 60er und 70er Jahren vor allem Opfer des abnehmenden Interesses für den Zweiten Weltkrieg in einer Wohlstandsgesellschaft, die die grauen Kriegsjahre so schnell wie möglich vergessen wollte. Eine andere Erklärung musste man innerhalb der eigenen vier Wände suchen. Im Laufe der Jahre veraltete die Museumstechnik, mit der die Geschichte von Breendonk dargestellt werden sollte, immer stärker. Nach einer Spitze von 109 731 Besuchern im Jahr 1949 sank diese Zahl immer weiter. Vor allem für die Protestgeneration der 70er Jahre hatte Breendonk keine Botschaft mehr.

Mit 40 066 Besuchern war 1983 der absolute Tiefpunkt erreicht. Im Laufe der 90er Jahre stiegen die Besucherzahlen langsam wieder an. Immer mehr Schulen fanden den Weg zum Mahnmal. Das neu erwachte Interesse war, zumindest bis vor der Renovierung im Jahr 2003, rein externen Faktoren zu danken: Das Interesse am Zweiten Weltkrieg wurde durch die Gedenken in den Jahren 1984–85 und 1994–95 wieder geweckt.

Eine neue Museumsordnung

Um auf das neu erwachte Interesse einzugehen und es sogar noch zu verstärken, war eine Renovierung dringend erforderlich. Auch wenn schon früher darüber nachgedacht wurde, kam es erst im Jahr 2000, unter dem Vorsitz von Prof. em. Roger Coeckelbergs, zu ersten konkreten Schritten. Coeckelbergs, zuvor im Widerstand (er war einer der regional Verantwortlichen des größten belgischen Geheimdienstes) war selbst früherer Gefangener.

Die alte Stätte wurde durch die neuesten Museumstechniken aufgerüstet: Video, Fotos und Audio-Führer⁴ geben in einfacher, doch effizienter Art darüber Auskunft, was es hieß, Gefangener in einem SS-Auffanglager gewesen zu sein. Der Rundgang durch die Stätte wurde ausgedehnt und ist nun zwei Mal so lang wie früher: zuvor nicht zugängliche Räume wie Duschen, Toilettenräume und Ställe sind nun zu besichtigen. Wo früher nur rudimentäre Auskunft über das Leben der Gefangenen gegeben wurde, erhalten Besucher jetzt ein Totalbild. Der Rundgang wurde um drei neue Museumssäle bereichert. Hintereinander geben sie eine Übersicht, wer die Gefangenen waren (mittels einer sogenannten Porträtgalerie), zeigen, dass Breendonk nur ein Rädchen im gesamten nationalsozialistischen Repressionsapparat war (mit Verweisen auf andere Gefängnisse und Exekutionsplätze in Belgien sowie auf Konzentrationslager, die die Endbestimmung für viele Gefangene waren) und geben Auskunft über Breendonk nach der Befreiung.

Die neue Gedenkstätte will also auf knappe, aber korrekte und so objektiv wie mögliche Art und Weise zeigen, was hier während des Zweiten Weltkriegs passiert war. Nirgendwo sind die Botschaften aufdringlich. Nur am Ende, im vierten Saal, wird ein kleiner Film gezeigt, der zu einem weiteren Nachdenken über Menschenrechtschändungen überall in der Welt einlädt. Breendonk präsentiert sich gegenüber der Außenwelt

Patrick Nefors ist seit 1. Juli 2005 Mitarbeiter im Königlichen Armeemuseum Brüssel. Mit der Gedenkstätte Breendonk ist er weiterhin als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats verbunden.



mehr und mehr als »Memorial der Menschenrechte«. Bei Schulen wird erwartet, dass die Lehrer entsprechende pädagogische Begleitung liefern. Seit September 2003 werden monatlich niederländisch- und französischsprachige Seminare für das Lehrpersonal organisiert. Die Steigerung der Besucherzahlen war seit der Renovierung spektakulär: von 52 289 für 2002 auf 82 020 für 2004. Da Ende Juni 2005 bereits 52 000 Besucher gezählt wurden, wird die Endjahresziffer deutlich höher liegen. Der heutige Vorsitzende will den Weg der Erneuerung fortsetzen. Es bestehen Pläne, um an die Stelle neben dem Eingangsgebäude, wo während des Krieges die Baracken für die Wehrmachtssoldaten standen, ein neues Gebäude zu errichten: damit kann die Gedenkstätte über weitere Räumlichkeiten für zeitliche Ausstellungen sowie eine Mensa für besuchende Schüler verfügen. Es besteht Hoffnung, diese Pläne bereits im Jahr 2006 zu verwirklichen.

Einweihung des restaurierten Breendonk am 6. Mai 2003.
Vorne v.r.n.l.: Vorsitzender Roger Coekelbergs, belgischer König Albert, Verteidigungsminister Flahaut.

- 1 Die nachfolgende geschichtliche Übersicht basiert auf meinem bisher nur auf Niederländisch erschienenen Buch »Breendonk 1940–1945: Die Geschichte«, Standaard Verlag Antwerpen, 2004, 400 Seiten. Eine französische Fassung erscheint Anfang November 2005.
- 2 Siehe auch Verweis von Wolfgang Benz in seinem Buch: Nationalsozialistische Zwangslager. Ein Überblick. In: Benz & Distel (Hg.) Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 1. Die Organisation des Terrors, CH. Beck, München, S. 17: »Das Feld der »Polizeihaftlager« im nationalsozialistischen Herrschaftsgebiet ist noch weitgehend unerforscht.« Der geplante siebente Band von Der Ort des Terrors soll jedoch auch einen Überblick geben.
- 3 Im Jahr 2003 wurde das Gesetz geändert. Breendonk ist seither nicht mehr autonom, sondern eine öffentlich-rechtliche Einrichtung unter der Vormundschaft des Verteidigungsministers. Im Verwaltungsrat sitzt seither nur noch ein Ex-Gefangener, der Vorsitzende Roger Coekelbergs.
- 4 Audio-Führer sind für individuelle Besucher vorgesehen. Gruppen bekommen Führungen.

Gedenkhalle Oberhausen

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT ZUR NEUKONZEPTION
DER DAUERAUSSTELLUNG HAT ARBEIT AUFGENOMMEN

Günter Morsch und Clemens Heinrichs

Im März 1960 fasste der Rat der Stadt Oberhausen einstimmig über alle Parteigrenzen hinweg den Beschluss, den linken Seitenflügel des Schlosses für die Einrichtung einer Gedenkhalle umzubauen. Eingerichtet wurde dort eine Dauerausstellung »zur ehren- und mahnenden Erinnerung an die Oberhausener Opfer des Faschismus«. Die Gedenkhalle als Einrichtung der Stadt Oberhausen ist damit ein früher und bis heute wesentlicher Ausdruck eines gesamtstädtischen Willens, dauerhaft aus der Geschichte zu lernen, an die NS-Verbrechen zu erinnern und der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken sowie die humanitären Aufgaben gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus bzw. ihren Angehörigen wahrzunehmen.

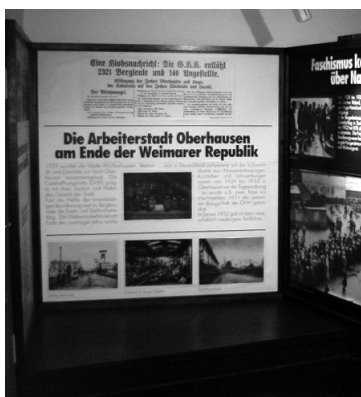
Da die 1988 eingerichtete Dauerausstellung »Verfolgung und Widerstand in Oberhausen 1933–1945« in vielerlei Hinsicht in die Jahre gekommen ist, beschloss der Kulturausschuss der Stadt Oberhausen auf seiner Sitzung am 1. Februar 2005 auf Anregung und nach Erläuterung durch den Leiter der Gedenkhalle, Clemens Heinrichs, die gegenwärtige Dauerausstellung in der Gedenkhalle durch eine neue zu ersetzen.



Außenansicht der
Gedenkhalle



Dauerausstellung, Ende
der achtziger Jahre



Bei der Sitzung im Kulturausschuss war deutlich geworden, dass die Ausstellung nicht durch einzelne Korrekturen verbessert werden könne und daher eine vollständige Erneuerung angeraten sei. Gerade im Vergleich mit anderen Gedenkstätten sei keine Alternative zur Neukonzeption denkbar, solle die Gedenkhalle nicht den Anschluss an die aktuelle Forschung, die modernen Methoden der Gedenkstättenpädagogik und eine besucherorientierte und attraktiv gestaltete Vermittlung von historischem Wissen verlieren. Grundsätzliches Ziel einer Neukonzeption sei somit, den Bildungsauftrag der Gedenkhalle neu auszufüllen.

Zur Unterstützung des Projekts wurde aus Oberhausener und externen Fachleuten aus Gedenkstätten, Forschung und Erwachsenenbildung ein wissenschaftlicher Beirat gebildet, der sich im Rahmen von eintägigen Workshops vor Ort über die Dauerausstellung, die NS-Geschichte Oberhausens und die fachwissenschaftlichen Standards für die Entwicklung einer neuen Dauerausstellung der Gedenkhalle orientiert. Der Beirat, dessen Moderation Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, übernommen hat, wird in Zukunft die Konzeption einer neuen Dauerausstellung fachlich beraten und begleiten.

Eine erste Sitzung des Beirats fand bereits am 30. Mai 2005 in der Gedenkhalle in Oberhausen statt. Nach dem Abschluss des 1. Beratungstages äußerte sich der Moderator des wissenschaftlichen Beirats der Gedenkhalle Oberhausen optimistisch über die in Aussicht genommene Neukonzeption und Neugestaltung. In ihrer 1. Sitzung ließen sich die Mitglieder des Beirats durch Herrn Klaus Oberschewen ausführlich über die derzeitige Ausstellung, ihren Entstehungszusammenhang sowie ihre Stärken und Schwächen informieren. Hilfreich war dabei auch die Stellungnahme einer kleinen Universitätsgruppe unter Leitung von PD Dr. Michael Zimmermann. Die derzeitige Ausstellung entspricht, so das Fazit des wissenschaftlichen Beirats, im wesentlichen dem damaligen Forschungsstand sowie den Schwerpunkten und Konzepten, wie sie in den 1980er-Jahren häufig und typisch waren. In der Bewertung der damaligen Zeit sei sie ein außerordentlich wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Erinnerung an die Verbrechen des NS-Systems und den Widerstand in Oberhausen gewesen.

Der wissenschaftliche Beirat verabredete, am 12. September 2005 zu einer erneuten Beratung zusammenzutreten. Im Vordergrund soll dabei auf der Grundlage einer Analyse des Literatur-, Forschungs- und Quellenstandes sowie einer noch zu erarbeitenden Geschichte der Gedenkhalle die Frage diskutiert werden, welche Funktion die Gedenkhalle im Erinnerungskonzept der Stadt Oberhausen in Abgrenzung von und in Kooperation mit bereits existierenden musealen Einrichtungen und Gedenkort in und außerhalb der Emscherstadt zukünftig haben soll. »Die Gedenkhalle ist«, wie sich dazu der Moderator der Expertengruppe, Prof. Dr. Günter Morsch äußerte, »eine außerordentlich beeindruckende und bewegende Einrichtung. Die Eröffnung der Gedenkhalle wurde von der damaligen Oberbürgermeisterin Luise Albertz 1962 vorgenommen. Sie ist wahrscheinlich die erste Gedenkstätte in der Bundesrepublik, zumindest jedoch in Nordrhein-Westfalen. Als solche verdient sie es unbedingt, bewahrt und saniert zu werden. Allerdings muss auch die Gedenkhalle ebenso wie derzeit viele andere Gedenkstätten in Deutschland angesichts des stark anwachsenden Interesses junger Menschen deren heutigen Sicht- und Wahrnehmungsweisen entsprechend umgestaltet werden.«

Professor Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats. Clemens Heinrichs ist Leiter der Gedenkhalle im Schloss und des Bunker-museums Oberhausen.

»Ehrlich gesagt, es ist zu spät. Aber trotzdem vielen Dank.« (Frau D., Russland)

ERFAHRUNGEN MIT DER ENTSCHÄDIGUNG FÜR EHEMALIGE ZWANGSARBEITERINNEN

Katharina Hertz-Eichenrode

Im Dezember 2004 erhielten 585 ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Ukraine, Russland, Weißrussland, Lettland und Litauen, mit denen der Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Rahmen des Hamburger Besuchsprogrammes für ehemalige ZwangsarbeiterInnen in Kontakt steht, zusammen mit dem Weihnachtsgruß einen Fragebogen zu ihren Erfahrungen mit der Praxis der Entschädigung (Antragstellung und Auszahlung). Da Fragen und Probleme die Entschädigung betreffend in der Korrespondenz mit den ehemaligen Zwangsarbeiter/-innen immer präsent waren (und teilweise auch noch sind), wollten wir versuchen, uns mit Hilfe des Fragebogens einen umfassenderen (wenn auch nicht repräsentativen) Überblick über die Erfahrungen der ehemaligen Zwangsarbeiter/-innen zu verschaffen. Mitte 2005 lagen 173 ausgefüllte Fragebögen vor, davon 62 aus der Ukraine, 55 aus Weißrussland, 25 aus Russland, 21 aus Lettland, 11 aus Litauen.

Die Fragen bezogen sich vor allem darauf, über wen die ehemaligen Zwangsarbeiter/-innen über die Entschädigung erfahren hatten, durch wen sie während des Antragsverfahrens Informationen und Hilfestellung erhielten, ob sie sich ausreichend über alle Bedingungen des Verfahrens informiert fühlten, ob sie ihrer tatsächlichen Situation als Zwangsarbeiter/-in entsprechend eingestuft wurden und schließlich, ob die Auszahlung ohne Probleme erfolgte.

Informationen

Aus allen Fragebögen wurde deutlich, dass den Massenmedien (Zeitungen, Radio, Fernsehen) eine wichtige Rolle bei der Informationsverbreitung zukam, insbesondere zum Zeitpunkt der Einrichtung des Entschädigungsverfahrens. Weitere wichtige Informationsquellen waren Verwandte und Freunde (wobei anzunehmen ist, dass diese die Informationen großteils auch aus den Massenmedien hatten). Seltener genannt wurden Verbände ehemaliger Verfolgter, Behörden oder die Stiftungen.

Hilfe bei der Antragstellung

Nur ganz wenige ehemalige Zwangsarbeiter/-innen beklagten, dass sie bei der Antragstellung gar keine Hilfe hatten. Einige konnten die Anträge ohne Hilfe ausfüllen, da sie alle nötigen Unterlagen beisammen hatten. Andere erhielten Unterstützung von ihren Kindern oder von Verfolgtenverbänden. Die weitaus meisten der Befragten gaben an, dass sie Hilfestellung erhielten von den MitarbeiterInnen der Stellen, wo sie die Anträge einreichen mussten. In Orten, in denen die jeweiligen Nationalen Stiftungen keine regionalen Niederlassungen haben, waren meist die Sozialbehörden für die Antragsteller/-innen zuständig.

»In unserem Rathaus gab es eine Abteilung, die sich mit dem Ausfüllen der Papiere beschäftigt hat.« (Herr A., Weißrussland)

»Die Filiale der Stiftung auf der Krim hat die Listen der ehemaligen Häftlinge (und Zwangsarbeiter) vom Wehrkommissariat bekommen. Jeder von ihnen wurde per Brief in die Stiftung eingeladen, um den Fragebogen auszufüllen. Ich habe erzählt, und der Mitarbeiter der Stiftung hat den Fragebogen ausgefüllt.« (Herr S. Ukraine)

Nachweisbeschaffung

Viele Antragsteller/-innen hatten bereits in den 90er Jahren, als zum ersten Mal Gelder an ehemalige Zwangsarbeiter/-innen ausgezahlt wurden, ausreichend Papiere zusammen getragen, mit denen sie auch jetzt ihre Zwangsarbeit beweisen konnten.

Da in vielen Fällen Bescheinigungen von einheimischen, d.h. früheren sowjetischen Archiven ausreichten, um die Zwangsarbeit in Deutschland zu belegen, war es vielen Betroffenen möglich, quasi »vor Ort« die fehlenden Papiere zu beschaffen.

»Ich hatte eine Bescheinigung vom KGB in Brest, diese Bescheinigung gilt als Bestätigung der Zwangsarbeit.« (Frau B., Weißrussland)

Schwieriger war es für diejenigen, die noch Unterlagen beschaffen mussten, z.B. um zu beweisen, dass sie in Deutschland in der Industrie eingesetzt oder aber in einem Straflager (Arbeitserziehungslager) gewesen waren. Die Aussagen sind sehr unterschiedlich hinsichtlich der Hilfestellung, die sie dabei erhielten.

»Der Mitarbeiter der Stiftung riet mir, mich an den Bürgermeister der Stadt (Deutschland) zu wenden.« (Frau G., Ukraine)

»Alle Papiere habe ich selbst in den Archiven beantragt, die Stiftung hat mir dabei überhaupt nicht geholfen.« (Frau S., Russland)

Informationen über die Modalitäten des Antragsverfahrens und der Auszahlungen

Insgesamt gab mehr als die Hälfte der Befragten an, über genügend Informationen verfügt zu haben. Allerdings ließ sich feststellen, dass die ehemaligen Zwangsarbeiter/-innen in der Ukraine häufiger angaben, gut informiert zu sein als diejenigen aus Weißrussland, Russland, Lettland und Litauen.

Die folgenden Punkte verweisen auf die Bereiche, in denen es Probleme oder noch offene Fragen gab.

Nicht immer war bekannt, dass Insassen eines Arbeitserziehungslagers eine höhere Entschädigung zusteht; anscheinend ist diese Information von den zuständige Stellen nicht kommuniziert worden.

»Man sagte mir in der Stiftung nichts davon, dass man auch eine Entschädigung für das Straflager bekommt. Darüber habe ich erst von Sina (Verband ehemaliger Verfolgter) erfahren.« (Herr S., Ukraine)

Unverständlich ist außerdem jenen, die eine Zeit in einem Gefängnis in Deutschland verbringen mussten, warum die Gefängnishaft nicht bei den Entschädigungszahlungen berücksichtigt wird.

»Ich war im Gefängnis der Gestapo. Ich habe mich dort bis zum 7. Monat meiner Schwangerschaft aufgehalten. Man sagte mir, dass ich kein Recht auf Zuzahlungen habe. ... Warum wurde mein Leiden bei der Auszahlung nicht berücksichtigt? ... Sie wissen alle, was die Gestapo ist und welche Bedingungen dort herrschten.« (Frau D., Ukraine)

Unkenntnis herrschte (und herrscht) bei einem Teil der ehemaligen Zwangsarbeiter/-innen bezüglich der Geldsummen, die ihnen, ihrer jeweiligen Tätigkeit entsprechend, zustehen.

»Es gab Informationen, wo auch die Summen angegeben wurden. Aber dann ist die Summe kleiner geworden. Man erklärte es damit, dass es für die Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft gebraucht würde.« (Frau N., Ukraine)

»Ich habe keine genauen Informationen darüber, wieviel Geld pro Person aus Deutschland überwiesen wurden, ich habe das bekommen, was mir die Bank überweisen hat. Ich würde gerne diese Informationen und konkrete Zahlen bekommen.« (Herr R., Weißrussland)

Aus Weißrussland wurde einige Male Unverständnis darüber geäußert, dass innerhalb des eigenen Landes verschleppte Personen mehr Geld erhalten würden als jene, die nach Deutschland deportiert wurden. Kritisch angemerkt wurde außerdem, dass die Dauer des Zwangsarbeitseinsatzes in Deutschland nicht berücksichtigt wurde bei der Höhe der Entschädigung:

»Ich wurde am 14. 10. 1942 von den Deutschen nach Deutschland verschleppt und einige aus meinem Dorf wurden am Ende des Krieges verschleppt, jetzt bekommen alle das gleiche. ... Wären Sie damit einverstanden?« (Herr S., Weißrussland)

Über den Hintergrund der Verzichtserklärung, die alle Antragsteller/-innen unterschreiben mussten, scheint in den meisten Fällen nichts genaues mitgeteilt worden zu sein. So lassen sich Reaktionen ehemaliger Zwangsarbeiter/-innen erklären, die glauben, sie hätten mit ihrer Unterschrift auch auf das Recht verzichtet, Widerspruch gegen eine zu Unrecht erfolgte Einstufung einzulegen oder gar ihren Anspruch auf die zweite Rate der Entschädigung abgetreten.

»Ich habe den Verzicht auf weitere Ansprüche unterschrieben, weil die deutsche Stiftung so einen persönlichen Brief von allen Antragstellern benötigte.« (Frau K., Weißrussland)

»Entweder man hat unterschrieben und Geld bekommen oder man bekam kein Geld. Ich musste unterschreiben.« (Herr I., Russland)

Auszahlungen

Die Auszahlung wurde bis auf wenige Fälle als problemlos beschrieben. Die Betroffenen wurden in der Regel aufgefordert, in die Bank zu kommen und dort ihr Geld in der Währung ihrer Wahl in Empfang zu nehmen.

»Alles verlief ohne Probleme, ohne dass man irgendwelche Gebühren zahlen musste. Nach Wunsch wurde das Geld in der ausländischen Währung ausgezahlt.« (Frau D., Russland)

Selten wurde der Verdacht geäußert, dass die Banken beim Festsetzen des Wechselkurses zu ihren eigenen Gunsten gehandelt haben oder dass die ehemaligen Zwangsarbeiter sich gezwungen fühlten, dass Geld bei der gleichen Bank anzulegen, bei der sie es erhielten.

Fazit

In vielen Briefen und Fragebögen wurde quasi zwischen den Zeilen deutlich, dass viele Betroffene den bürokratischen Vorgang der Antragstellung und der Bescheiderteilung nicht hundertprozentig durchschauten. Deshalb wurden Fristen nicht eingehalten und zustehende Rechte nicht eingefordert. Großes Misstrauen wurde den einheimischen Behörden und Banken entgegengebracht; teilweise war dieses Misstrauen durchaus auf reale Erfahrungen gestützt: während der ersten Auszahlungen in den 90er Jahren

wurden Hunderttausende von DM veruntreut. Erstaunlich war auch, dass in einigen Fällen, in denen sich ehemalige Zwangsarbeiter darüber beklagten, nicht richtig eingestuft worden zu sein, eine entsprechende Nachfrage und Bitte um Überprüfung bei der Stiftung in Berlin ergab, dass die Fälle der Betroffenen teilweise schon vor zwei Jahren zu deren Gunsten entschieden worden waren. Wie sind solche Missverständnisse zu erklären: mangelnder Informationsfluss? Unverständliche Bürokratensprache? Nachlassende Auffassungsgabe der alten Menschen?

Generelle Kritik an der Entschädigungszahlung wurde kaum geäußert. Eher war die Dankbarkeit beschämend, mit der die alten Menschen ihre Freude über die finanzielle Hilfe bekundeten.

»Ich möchte mich bei Ihnen für Ihre Hilfe, dank der wir ein bisschen Anerkennung in unserem Land bekommen haben, bedanken. Ehrlich gesagt, es ist zu spät. Aber trotzdem vielen Dank.« Frau D., Russland)

Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten in Osteuropa sind die Entschädigungszahlungen eine momentane wichtige Hilfe, aber strukturell können sie an der schwierigen materiellen Situation der alten Menschen nichts ändern. Der Wunsch von Herrn G. aus Weißrussland ist deshalb nur verständlich: »Je höher die Summe der Entschädigung, desto besser.« Gleichzeitig fügt er an, dass viel erlittenes Leid durch die gezahlte Entschädigung nicht kompensiert wird: »Unsere Familie hat während des Krieges alles verloren: das Haus wurde verbrannt, alle Haustiere, die Bienen, der Garten wurde vernichtet. Und dafür haben wir keine Kopeke weder von Deutschland noch von unserem Heimatland bekommen.« Und natürlich hat der Krieg insgesamt viel mehr Leid und viel mehr Verluste mit sich gebracht, als je finanziell aufgewogen werden könnte: Verlust von Familienangehörigen, Vertreibung, abgebrochene Schulbildung, dazu für die ehemaligen Zwangsarbeiter/-innen der Makel, in der eigenen Heimat noch bis in die 80er Jahre hinein als Verräter, die für den Feind gearbeitet hätten, angesehen zu werden.

Die Auszahlungen der Entschädigung werden vermutlich bis auf wenige Ausnahmen im Jahr 2005 zu Ende gehen. Der größte Wunsch vieler ehemaliger Zwangsarbeiter/-innen war es, beide Raten noch selbst in Empfang nehmen zu können, das Warten auf die Zahlung ist für viele am Ende ihres Lebens zu einem Ziel geworden. Welche Anspannung die ganze Prozedur für viele bedeutet hat, kommt in den erleichterten Worten von Frau S. aus der Ukraine zum Ausdruck: »Die langen Wartezeiten und die ganze Aufregung sind endlich vorbei.«

Trotz allem sind die Entschädigungszahlungen keine »Erfolgsgeschichte«, sie kamen zu spät und, wie Frau S. aus Weißrussland treffend formulierte: »Die Entschädigung entspricht nicht den seelischen und moralischen Kräften, die man verbraucht hat.«

Katharina Hertz-Eichenrode ist Vorsitzende des Fördervereins der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und zuständig für das vom Land Hamburg finanzierte jährliche Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter/-innen.

Neue Wanderausstellung »Wohnungslose im Nationalsozialismus«

Wolfgang Ayaß

Im Sommer 1938 verdoppelten sich in den Konzentrationslagern die Häftlingszahlen durch die Einlieferung einer in den Lagern bis dahin weitgehend unbekannten Häftlingsgruppe. Die über zehntausend als »asozial« bezeichneten Männer waren im April 1938 durch die Gestapo, insbesondere jedoch im Juni 1938 durch die gewöhnliche Kriminalpolizei verhaftet worden. Es waren hauptsächlich Bettler, Landstreicher und mittellose Alkoholranke, in geringerer Zahl auch Zuhälter und Personen, die mit Unterhaltszahlungen im Rückstand waren (sog. »säumige Nährpflichtige«). Unter den Eingelieferten waren außerdem viele Roma und Sinti. Es handelte sich also um sehr unterschiedliche Menschen, die man unter dem Sammelbegriff »asozial« in die Konzentrationslager verschleppte. Gemeinsam war ihnen allenfalls, dass ihre Verfolger sie als arbeitsscheu ansahen. Vorübergehend bildeten die »Asozialen« in den bestehenden Lagern die mit weitem Abstand größte Häftlingsgruppe.

Gegen Bettler und Landstreicher (die damals gewöhnlich »Wanderer« genannt wurden) hatte das Reichspropagandaministerium bereits im September 1933 eine spektakuläre einwöchige Razzia in Szene gesetzt über die die Tagespresse ausführlich berichtete.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe hat nunmehr – angeregt durch die Presseberichterstattung über die Gedenkstättenkonferenz in der Gedenkstätte Moringer im Oktober 2003 – eine Wanderausstellung zur Verfolgung der Wohnungslosen im Nationalsozialismus erstellt.

Die Konzeption, die Recherchen und die Texte stammen von Wolfgang Ayaß (Kassel), die grafische Gestaltung übernahm Hans-Georg Vogt (Bielefeld). Die Wanderausstellung wurde erstmals am 21. Oktober 2004 im Rahmen des Festaktes zur 50-Jahr-Feier der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in Berlin gezeigt und ist über die Bundesarbeitsgemeinschaft ausleihbar.

Links: Angetretene
Insassen der Herzog-
sägmühle
Foto: Der nichtseßhafte
Mensch, München 1938
Rechts: Himmler-Erlaß
gegen Bettler, Januar
1938. Ausschnitt
aus der Ausstellung
»BayHStA München.
MInn Nr. 71576, n.fol.«



Geheime Staatspolizei Staatspolizeistelle München Gefahrenabwehr – Vermittlungsdienst			
Name für Eingangsstempel Hing. 15.1.38 - 18.20		Geheimes Tag Monat Jahr Zeit	
4. 18.20		an hand	
Telegramm - Briefpost - Fernschreiben - Fernpost		Geheimhaltungswert	
Nr. 3311		aus PERS. STAB RFSS BERLIN NO. 102 15.1.38. 16.30 BT	
AN SS-O. GRUF. FRHR. V. EBERSTEIN MÜNCHEN			
SOFORT VORLEGEN 1.) WÜNSCHE FESTZUSTELLEN, WIEVIEL BETTLER Z. ZT. IN MÜNCHEN IHR UNWESSEN TREIBEN.			
2.) BITTE ÜBER JEDEN EINZELNEN FALL, WO BETTLER FESTGESTELLT, BERICHT, WESHALB ER NOCH NICHT DER ARBEIT ZUFÜHRT WORDEN IST.			
3.) JEDER BETTLER, DER ARBEITSCHAU IST, IST SOFORT EINEM KONZENTRATIONSLAGER ZUZUFÜHREN.			
4.) AKTION IST BIS ZUM 19.1.38. DURCHFÜHREN. ERSUCHE DANN UMGEHENDEN BERICHT.			
3.18.38			
GEZ. HIMMLER REICHSFÜHRER-SS U. CHIEF DER DEUTSCHEN POLIZEI.			

Die Ausstellung besteht aus 13 Tafeln (Stoffbannern) mit folgenden Themen:

- 1 ■ Wohnungslose in der Weltwirtschaftskrise
- 2 ■ Die Bettlerrazzia vom September 1933
- 3 ■ Arbeitshäuser
- 4 ■ Ein Wandermusiker im Arbeitshaus Breitenau
- 5 ■ Die Fachdebatte über Wohnungslose und »Asoziale«
- 6 ■ Wohnungslose als Objekte der Rassenhygiene
- 7 ■ Zwangssterilisationen von Wohnungslosen
- 8 ■ »Asoziale Großfamilien«
- 9 ■ Kontrolle der Wohnungslosen und »geordnetes Wandern«
- 10 ■ Der bayerische »Landesverband für Wanderdienst«
- 11 ■ Die Aktion »Arbeitsscheu Reich« 1938
- 12 ■ Zwei Einzelschicksale von in den Konzentrationslagern Dachau und Sachsenhausen umgekommenen wohnungslosen Männern.
- 13 ■ Zwei Einzelschicksale von im Konzentrationslager Auschwitz umgekommenen wohnungslosen Frauen.

Die bewußt kleine Wanderausstellung kann sehr flexibel eingesetzt werden.

■ **Umfang:** Die Ausstellung umfasst 13 Banner in der Breite von 1,05 Meter und der Höhe von 2,15 Meter. Die Banner bestehen aus einer Spezialtextile. Sie werden eingerollt und mit je einem Leichtmetallständer geliefert. Die Banner können somit einzeln frei stehend aufgebaut werden. Es sollten i.d.R. alle 13 Banner gezeigt werden, jedoch spricht jedes Banner bzw. jeder Themenschwerpunkt, der bis zu drei Banner umfassen kann, für sich.

■ **Kosten:** Pro Woche wird nur ein Kostenbeitrag von 10,00 Euro berechnet, jedoch höchstens 50,00 Euro pro Ausleihe. Darüber hinaus übernehmen die Ausleiher die Versandkosten für den Hin- und Rücktransport (ca. 50,00 Euro/pro Weg) sowie die Kosten für die Versicherung der Ausstellung in Höhe von 50,00 Euro. Die gesamte Ausstellung wird per Postfracht in einer einzigen stabilen Holzkiste geliefert, die etwa 50 Kilo wiegt.

Dr. habil. Wolfgang Ayaß ist Privatdozent an der Universität Kassel und Kurator der Ausstellung.

Kontakt

Werena Rosenke

Geschäftsstelle der BAG Wohnungslosenhilfe

BAG Wohnungslosenhilfe e.V.

Postfach 130148 | 33544 Bielefeld

Quellenhofweg 25 | 33617 Bielefeld

Tel. 0521 143 96-0 | Fax 0521 143 96-19

info@bagw.de

Aktuelle Publikationen

G E D E N K - U N D T O T E N B Ü C H E R

Bernd Horstmann

Gedenkstätte Bergen-Belsen D-29303 Lohheide

»Gedenkbuch Bergen-Belsen«

Hrsg. Stiftung niedersächsische Gedenkstätten/
Gedenkstätte Bergen-Belsen (April 2005).

Die zwei Bände im Format DIN A4 mit 1 176 Seiten liegen im Foyer der Gedenkstätte aus und können für 28 Euro zzgl. Versandkosten bezogen werden. Das Gedenkbuch ist nicht im Handel erhältlich. Es wurde finanziert mit Mitteln der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Niedersachsen.

Es enthält die biografischen Grunddaten der etwa 50 000 bis jetzt namentlich bekannten Häftlinge des Konzentrationslagers Bergen-Belsen und seiner drei Außenlager. Die Gesamtzahl der Häftlinge wird auf etwa 120 000 geschätzt. Neben Name und Vorname(n) werden Geburtsdatum und Geburtsort, Sterbedatum und Sterbeort sowie Datum und Ort der Befreiung genannt, sofern diese Angaben aus den Quellen hervorgehen. Vorwort und Einleitung sind in Deutsch und Englisch abgedruckt.

Grundlage: Computergestütztes Verzeichnis der Häftlinge des KZ Bergen-Belsen, begonnen Anfang der 90er Jahre, für das zahlreiche Quellenbestände ausgewertet wurden.
Projektleitung Bernd Horstmann

Bundesarchiv Finckensteinallee 63, D-12205 Berlin

Neubearbeitung »Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945«

Veröffentlichungstermin 1. Halbjahr 2006, 4 Bände, ca. 3 600 Seiten. Das Gedenkbuch enthält die Namen von ungefähr 150 000 Ermordeten aus dem Gebiet des Deutschen Reiches. Das 1986 erschienene Gedenkbuch wurde zum Teil überarbeitet und um die Namen der Opfer aus dem Gebiet der jetzigen neuen Bundesländer und der ehemaligen Ostgebiete ergänzt. Der Internationale Suchdienst in Bad Arolsen recherchierte die Schicksalsangaben. In engster Zusammenarbeit mit dem Centrum Judaicum und unterstützt mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern erfolgte die Überarbeitung des »Gedenkbuch[es] Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus« (1995) als integrem Bestandteil des Gedenkbuches.

Die Bearbeitung vollzieht sich in einer webgestützten Datenbank. Quellenbasis sind insbesondere die Ergänzungskarten für Angaben über Abstammung und Vorbildung aus der Volkszählung vom 17.05.1939. In diesem Bestand sind ungefähr 85 % der jüdischen Einwohner des Deutschen Reiches namentlich vermerkt. Das Gedenkbuch wird neben den Grußworten, den Begleittexten zur Quellenlage und zur Bearbeitung eine Übersicht zu den Deportationen enthalten.

Die Namen der Ermordeten erscheinen in alphabetischer Reihenfolge. Enthalten sind Familienname, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnort, Deportationsdatum- und -ort, Datum und Ort des Weitertransports, Todesdatum und -ort.

Projektleitung Undine Völschow

Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain An der Gröditzter Straße, D-01619 Zeithain

»Zeithain – Gedenkbuch für sowjetische Kriegsgefangene« (2 Bände)

Hrsg.: Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft/Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Dresden 2005
ISBN 3-934382-15-0.

Band 1: *Das Kriegsgefangenenlager Zeithain – vom »Russenenlager« zur Gedenkstätte*, 171 Seiten gebunden. Sammelband mit Beiträgen deutscher und russischer Autoren zur Geschichte des Kriegsgefangenenlagers Zeithain 1941–1945, Zeithain als Repatriierungsort für sowjetische Staatsbürger 1945/46 sowie zur Entstehungsgeschichte und Arbeit der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain (zweisprachig in Deutsch und Russisch).

Band 2: *Namensbuch verstorbener sowjetischer Kriegsgefangener*, 286 Seiten gebunden. Alphabetische Auflistung von mehr als 5 000 Namen der ca. 25 000–30 000 im Kriegsgefangenenlager Zeithain 1941–1945 verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen. Die Namen der Verstorbenen sind entsprechend dem russischen Alphabet in kyrillischer Schrift aufgelistet. Angegeben ist der Name, Vorname, Vatersname, Geburts- und Todesdatum. Ein Register mit der kyrillischen und der deutschen Schreibweise komplettiert den Band, so dass die Namen auch über die deutsche Schreibweise zu finden sind.

Grundlage: Neue, bisher nicht genutzte Archivquellen aus russischen, deutschen und weißrussischen Archiven, die im Rahmen des internationalen Forschungsprojektes »Sowjetische und Deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit« seit 2000 erhoben worden sind.

KZ-Gedenkstätte Flossenbürg Gedächtnisallee 5–7, D-92696 Flossenbürg

Zwei Bücher (gedruckt, aber nicht publiziert).

Namensbuch »Die Häftlinge des Konzentrationslagers Flossenbürg und seiner Außenlager«

Alphabetische Auflistung der ca. 89 000 bekannten Namen, außerdem der 119 bekannten Namen von 121 Toten auf dem Ehrenfriedhof im Ort Flossenbürg, der 897 bekannten Namen von 5 445 Toten auf dem Ehrenfriedhof in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, sowie ein Hinweis zu den Quellen. Enthält: Nachname, Vorname(n), Geburtsdatum, Haftnummer(n) des KZ-Flossenbürg und/oder Erkennungsmarkenummer der Wehrmacht, Todesdatum. DIN A3, 1516 Seiten, Auflage: 10 Exemplare.

Totenbuch »Die Toten des Konzentrationslagers Flossenbürg und seiner Außenlager«

Chronologische Auflistung der ca. 20 000 bekannten Namen vom 21. 5. 1938 bis zum 8. 5. 1945. Enthält: Todesdatum, Nachname, Vorname(n). DIN A3 quer, 246 Seiten, Auflage: 2 Exemplare.

Beide Bücher sind in der Bibliothek der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg einsehbar. Grundlage: Häftlingsdatenbank der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Vorbereitungszeit: nahezu 5 Jahre (2000–2005) unter Mitarbeit von ca. 50 studentische Praktikanten.
Projektleitung Johannes Ibel

KZ-Gedenkstätte Neuengamme Jean-Dolidier-Weg 39, D-21039 Hamburg

»Die Toten – Konzentrationslager Neuengamme«

CD-ROM mit den Namen und Lebensdaten von über 23.000 Häftlingen, die im KZ Neuengamme oder einem der über 80 Außenlager ums Leben kamen. Angegeben sind Nachname, Vorname(n), Geburtsdaten, Geburtsorte und -länder, Berufe, Todesdaten,

Todesorte und die Häftlingsnummern des KZ Neuengamme. Eine Recherche ist möglich nach Name, Geburtsdatum und -ort, Todesdatum und -ort sowie Häftlingsnummer. Die Navigation durch das Programm ist in fünf Sprachen möglich: deutsch, französisch, englisch, polnisch und russisch. Das digitale Totenbuch ist an zwei Terminals auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuengamme einsehbar und für 19,90 Euro als CD-ROM über die Gedenkstätte zu beziehen. Auflage: 500 Stück.

Zusätzlich wurde ein Exemplar als gedrucktes Totenbuch angefertigt, das im »Haus des Gedenkens« auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuengamme einsehbar ist. Es umfasst 2 610 Seiten im Format DIN A4 quer und ist vierbändig.

Grundlage: Häftlingsdatenbank der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Vorbereitungszeit: 1995–2004 mit Unterbrechungen, Gestaltung/Programmierung: Hinz und Kunst, Braunschweig

Projektleitung Herbert Diercks und Christian Römmer

Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück D-16798 Fürstenberg

»Gedenkbuch für die Opfer des Konzentrationslagers Ravensbrück 1939–1945«

Hrsg. Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/Projekt Gedenkbuch.

Berlin: Metropol, 2005, ISBN 3-936411-75-1; 728 Seiten, Format 17x24 cm, Auflage: 1 000 Exemplare. Alphabetisches Namensverzeichnis von 13 161 toten Frauen, Männern und Kindern, die als Häftlinge nach Ravensbrück verschleppt wurden. Enthält: Nachname, Vorname, Geburtsname, Geburtsort, Nationalität, Todesdatum, Todesort.

Grundlage: Meta-Datenbank (Gesamthäftlingsdatenbank) als Ergebnis einer Auswertung umfangreicher Quellenbestände. Weitere Informationen zu den Namen sind in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück in einer Datenbank abrufbar. Das Projekt Gedenkbuch erhielt Unterstützung bei der Eingabe, bei der technischen und wissenschaftlichen Aufbereitung und internationale Unterstützung von zahlreichen Archiven und ehemaligen Häftlingen, Projektdauer: 1996–2005

Projektleitung Dr. Bärbel Schindler-Saefkow unter Mitarbeit von Monika Schnell

Institut Theresienstädter Initiative – Institut Terezínske Iniciativy Jachymova 3, 110 00 Praha 1, Tschechische Republik

»Theresienstädter Gedenkbuch«

Hrsg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Institut Theresienstädter Initiative. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt, 1942–1945. Prag 2005.

DIN A4, 703 Seiten gebunden, Auflage 700 Exemplare, 29 Euro, ISBN 3-8258-7590-3. Das Gedenkbuch beinhaltet Listen der Opfer der Transporte aus Österreich nach Theresienstadt, einschließlich der ungarischen Juden, die aus dem österreichischen Gebiet nach Theresienstadt deportiert wurden, und eine Liste der österreichischen Juden, die nach Theresienstadt aus anderen Länder geschickt wurden. Es werden insgesamt über 18 000 Namen genannt. Die Einträge enthalten: Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Transporte nach und aus Theresienstadt, Todesdatum, Todes- bzw. Befreiungsort.

Projektleitung Michal Frankl

Der Text wurde aus Beiträgen der Verantwortlichen in den jeweiligen Institutionen zusammengestellt.

Bernd Horstmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Seinen Arbeitsschwerpunkt bildet das computergestützte Häftlingsverzeichnis.

Veranstaltungshinweise

Bundesweite Gedenkstättenseminare

Halle, 18.–20. Mai 2006

45. Bundesweites Gedenkstättenseminar

»Justizverbrechen in der NS- und in der Nachkriegszeit – Das Beispiel der Gedenkstätte ›Roter Ochse‹ in Halle« (Arbeitstitel)

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung, Gedenkstätte Roter Ochse

Stiftung Topographie des Terrors, Thomas Lutz, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. 030 254509-15 | Fax 030 254509-99

www.topographie.de | lutz@topographie.de

Berlin, 19.–21. Oktober 2006

46. Bundesweites Gedenkstättenseminar

»Die Darstellung von Tätern in Gedenkstätten für NS-Opfer« (Arbeitstitel)

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung, Gedenk- und Bildungsstätte

Haus der Wannsee-Konferenz, Stiftung Topographie des Terrors, Thomas Lutz

Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. 030 254509-15 | Fax 030 254509-99 | www.topographie.de | lutz@topographie.de

Weilburg, 27.–29. September 2007

48. Bundesweites Gedenkstättenseminar

Schwerpunkt »Pädagogik« (Planungen befinden sich in sehr frühem Stadium)

Information: Stiftung Topographie des Terrors, Thomas Lutz

Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. 030 254509-15 | Fax 030 254509-99

www.topographie.de | lutz@topographie.de

Veranstaltungen der Topographie des Terrors

Berlin, 11. August–15. November 2005

Ausstellung »Das ›Hausgefängnis‹ der Gestapo-Zentrale in Berlin.

Terror und Widerstand 1933–1945«

Ort: Gelände der »Topographie des Terrors«, Niederkirchner Straße 8, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. 030 254509-0 | Fax 030 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 18. Oktober 2005

Vortrag »Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess«

Referent: Prof. Dr. Klaus Kastner

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. 030 254509-0 | Fax 030 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 25. Oktober 2005

Vortrag »Die braunen Wurzeln des Bundeskriminalamtes« (Arbeitstitel)

Referent: Dieter Schenk

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. 030 254509-0 | Fax 030 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 1. November 2005

Vortrag »Die Berichterstattung während des Nürnberger
Hauptkriegsverbrecherprozesses«

Referent: Markus Wolff

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. 030 254509-0 | Fax 030 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 8. November 2005

Vortrag »Die ostdeutschen Strafverfahren gegen
ehemalige Nationalsozialisten«

Referent: Prof. Dr. Klaus Marxen

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. 030 254509-0 | Fax 030 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 15. November 2005

Vortrag »Kontinuitäten nach 1945 in der Medizin« (Arbeitstitel)

Referent: Prof. Dr. Robert Jütte

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. 030 254509-0 | Fax 030 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 22. November 2005

Vortrag »Die Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden.«

Referent: Dr. Harald Welzer

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. 030 254509-0 | Fax 030 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 29. November 2005

Vortrag »Der Nürnberger Prozess – Zeitzeugen erinnern sich« (Tonfeature)

Referent: Thomas Fitzel

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors

Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. 030 254509-0 | Fax 030 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Seminare, Tagungen

Karlsruhe, 31. Oktober–1. November 2005

Kongress »Gedenkstätten in Baden-Württemberg.

Verantwortung-Erinnern-Zukunft«

Ort: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Veranstalter: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Referat Geschichte und Verantwortung, Karin Peters-Meinel

Paulinenstraße 44–46, 70178 Stuttgart

Tel. 0711 16409957 | Fax 0711 16409955

www.lpb.bwue.de | Karin.Peters-Meinel@lpb.bwl.de

Oranienburg, 1.–4. November 2005

Seminar »Modernisierung von Gedenkstätten –
das Beispiel Sachsenhausen«

Ort: Gedenkstätte Sachsenhausen

Veranstalter: Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Dr. Paul Ciupke

Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen

Tel. 0201 22 79 82 | Fax 0201 23 55 05

www.hu-bildungswerk.de | buero@hu-bildungswerk.de

Hamburg, 4.–6. November 2005

Fachtagung »Bildungsarbeit zur Homosexualität im
Nationalsozialismus an historischen Orten«

Ort: Gedenkstätte am Bullenhuser Damm, KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jens Michelsen

Jean-Dolidier-Weg 75, 21039 Hamburg

Tel. 040 428131500 | Fax 040 428131501

info@kz-gedenkstaette-neuengamme.de

Hadamar, 9. November 2005

Studientag »Wie wurde der Krankenmord möglich?«

Ort: Gedenkstätte Hadamar

Veranstalter: Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar

Tel. 06433 917172 | Fax 06433 917175

www.region-online.de/verband/gedenkstaette-hadamar
gedenkstaette-hadamar@lwv-hessen.de

Bocholt, 17.–19. November 2005

Tagung »Werkstatt Geschichtsarbeit und historisch-politisches Lernen
zum Nationalsozialismus«

Ort: Hotel Residenz, Kaiser-Wilhelm-Str. 32

Veranstalter: Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Dr. Paul Ciupke
Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen

Tel. 0201 22 79 82 | Fax 0201 23 55 05

www.hu-bildungswerk.de | buero@hu-bildungswerk.de

Dachau, 17.–19. November 2005

Tagung »Lernen für die Gegenwart? Perspektiven
der historisch-politischen Bildungsarbeit zur NS-Geschichte«

Ort: Jugendgästehaus Dachau

Veranstalter: Jugendgästehaus Dachau, Roßwachtstraße 15, 85221 Dachau

Tel. 08131 617711 | www.jgh-dachau.de | info@jgh-dachau.de

Schwerin, 23.–25. November 2005

Seminar »Auseinandersetzung mit Diktaturen«

Veranstalter: Landeszentrale für politische Bildung, Mecklenburg-Vorpommern
Heike Müller, Jägerweg 2, 19053 Schwerin

Tel. 0385 3020910 | Fax 0385 3020922

Dokuzentrum-schwerin@t-online.de

Hadamar, 2.–4. Dezember 2005

Fortbildung »Methoden der Gedenkstättenpädagogik: Schwarzes Theater«

Ort: Gedenkstätte Hadamar

Veranstalter: Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar

Tel. 06433 917172 | Fax 06433 917175

www.region-online.de/verband/gedenkstaette-hadamar

gedenkstaette-hadamar@lwv-hessen.de

Ausstellungen

Münster, 30. Oktober 2005

Ausstellung »Wiedergutmachung als Auftrag«

Ort: Rathausfestsaal (Stadtweinhaus)

Veranstalter: Geschichtsort, Villa ten Hompel, Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Tel. 0251 492-7101 | Fax 0251/492-7918

www.muenster.de/stadt/villa-ten-hompel | krybusc@stadt-muenster.de

Berlin, 22. Oktober 2005–12. Februar 2006

Ausstellung »Zuwanderungsland Deutschland. Migrationen 1500–2005«

Ort: PEI-Bau, Hinter dem Gießhaus 3, 10117 Berlin

Veranstalter: Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin

Tel. 030 20304-0 | Fax 030 20304-543

www.dhm.de | webadmin@dhm.de

Einzelveranstaltungen

Münster, 19. Oktober 2005

Sonderveranstaltung **»Hitlers Tischgespräche«**

Referent: Andreas Breiing

Beginn 20 Uhr

Veranstalter: Geschichtsort, Villa ten Hompel, Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Tel. 0251 492-7101 | Fax 0251/492-7918

www.muenster.de/stadt/villa-ten-hompel

krybusc@stadt-muenster.de

Münster, 2. November 2005

Mittwochsgespräch **»Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte«**

Referent: PD Dr. Constantin Goshler

Beginn 20 Uhr

Veranstalter: Geschichtsort, Villa ten Hompel, Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Tel. 0251 492-7101 | Fax 0251/492-7918

www.muenster.de/stadt/villa-ten-hompel

krybusc@stadt-muenster.de

Hadamar, 9. November 2005

Gedenkveranstaltung **»Reichspogromnacht«**

Beginn 19 Uhr

Veranstalter: Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar

Tel. 06433 917172 | Fax 06433 917175

www.region-online.de/verband/gedenkstaette-hadamar

gedenkstaette-hadamar@lwv-hessen.de

Münster, 7. Dezember 2005

Mittwochsgespräch **»»Ungläubig stehen oft Leute vor den Bildern von Leichenhaufen...«**

Fotografien aus den befreiten Konzentrationslagern 1945«

Referent: PD Dr. Constantin Goshler

Beginn 20 Uhr

Veranstalter: Geschichtsort, Villa ten Hompel

Stadt Münster, Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Tel. 0251 492-7101 | Fax 0251/492-7918

www.muenster.de/stadt/villa-ten-hompel

krybusc@stadt-muenster.de

Redaktionsschluss für Veranstaltungshinweise im GedenkstättenRundbrief

Nr. 128/2005 ist der 18. November 2005. Hinweise werden berücksichtigt sofern aus Platzgründen möglich.

Literatur

Arenz-Morch, Angelika: Das Konzentrationslager Osthofen 1933/34. Mainz: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, 2003. (Blätter zum Land; 2'2003)

Bader, Uwe: Die Burg Stahleck: in der NS-Zeit nicht nur Jugendherberge. Mainz: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, 2001. (Blätter zum Land; 2'2001)

Buczak, Anna: Szanowni Panstwo, jak ja mam wam to opowiedziec... Berlin: Prenzlauer Berg Museum, 2001. Ausst.: Geraubte Zeit. Zeugen der Zwangsarbeit im Nordosten Berlins 1928–1945: Prenzlauer Berg Museum Berlin: 1. März bis 15. Juli 2002. Paralleltitel: Meine Herrschaften, wie kann ich ihnen das nur erzählen...

Claims Conference 2002 Annual Report with 2003 Highlights. New York; Frankfurt/Main; Tel-Aviv; Wien: Claims Conference, [2002]

Daniel, Roberto Francisco: Erinnerung als ethisches Projekt: Aufarbeitung der Vergangenheit im Filmwerk von Steven Spielberg. München: KoPäd, 2001. (Kopaed Medienethik; 3). Hochschulschrift: München, Univ., Diss., 2001. ISBN 3-935686-10-2

Davidsen-Nielsen, Hans: Carl Vaernet: der dänische SS-Arzt im KZ Buchenwald. Wien: Edition Regenbogen, 2004. ISBN 3-9500507-2-8

Die Deportationslisten: Veröffentlichung der vollständigen Namenslisten der 1942/43 aus dem ehemaligen Volksstaat Hessen deportierten Juden/ Renate Dreesen; Christopher Jetter [Redaktion]. Darmstadt: Selbstverlag, 2004

Dreesen, Renate: Darmstadt als Deportationsort: zur Erinnerung an die unter dem Nazi-Regime aus dem ehemaligen Volksstaat Hessen deportierten Juden und Sinti; Konzeption des Gedenkorts am Güterbahnhof, Berichte und Dokumente zu den Deportationen, Namenslisten, biografische Beispiele / Renate Dreesen; Christopher Jetter [Konzeption]. Darmstadt: Selbstverlag, 2004. ISBN 3-00-013708-4

Dubyk, M. G.: Handbuch der Lager, Gefängnisse und Ghettos auf dem besetzten Territorium der Ukraine (1941–1944). Kiew 2000. ISBN 966-504-188-6

Favorite, Lou: elser_erinnern: ein hörstück / Dietmar Elflein; Lou Favorite. Berlin: city beatz_no system sounds, 2005

Florath, Bernd: Der vergessene Widerstand: zu Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur. Göttingen: Wallstein, 2005. (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte; 5). ISBN 3-89244-943-0

Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen: biographisches Handbuch. Berlin: Edition Hentrich. Band I. – 2002. – 310 S.: Ill.

Das »Hausgefängnis« der Gestapo-Zentrale in Berlin: Terror und Widerstand 1933–1945/ Reinhard Rürup; Andreas Sander [Konzeption]. Berlin: Stiftung Topographie des Terrors, 2005. ISBN 3-9807205-4-3

Helen Ernst (1904–1948): Ehrung zum 100. Geburtstag. Berlin 2004

Kirk, Dietmar: Nicht nur Prora...: Erinnerungsorte Mare Balticum; Alt-Rehse, Prora, Peenemünde. Greifswald: Kiebu-Druck, 2003

Kobrak, Christopher: European Business, Dictatorship, and Political Risk, 1920–1945. New York; Oxford: Berghahn, 2004. ISBN 1-57181-629-1

Kontrapunkt. Vergangenheitsdiskurse und Gegenwartsverständnis: Festschrift für Prof. Dr. Wolfgang Jacobmeyer zum 65. Geburtstag. Essen: Klartext, 2005. ISBN 3-89861-268-6

Krwatschenko, Alla: Ukrains'ky nevy'l'niki tret'ogo rejchu: minule i sucasnyst'. Lviv: Kal'varyja, 2005. ISBN 966-663-165-2.

Paralleltitel: Ukrainische Opfer des Dritten Reiches: Vergangenheit und Gegenwart <dt.>

Kunze, Rolf-Ulrich: Ernst Rabel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht 1926–1945. Göttingen: Wallstein, 2004. (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus; 8). ISBN 3-89244-798-5

NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/ Gedenkstätte KZ Osthofen: Kurzinformation für den Besuch der Gedenkstätte und der Ausstellung. Osthofen: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, 2004

Rostock, Jürgen: MACHTUrlaub: Ausstellung über das KdF-Seebad in Prora und die deutsche »Volks-gemeinschaft«. Banzkow: Stephan-Bliemel-Verlag,

2004. (Schriftenreihe des Dokumentations-
zentrums Prora; 1).
ISBN 3-9809375-3-4

Rürup, Reinhard: Der 8. Mai 1945 in der deutschen
Geschichte. Bremen: Institut für Geschichte, 2005

Schmuhl, Hans-Walter: Grenzüberschreitungen:
das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie,
menschliche Erblehre und Eugenik 1927-1945.
Göttingen: Wallstein, 2005. (Geschichte der Kaiser-
Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus; 9).
ISBN 3-89244-799-3

Schwerin, Alexander von: Experimentalisierung
des Menschen: der Genetiker Hans Nachtsheim
und die vergleichende Erbspathologie 1
920-1945. Göttingen: Wallstein, 2004.
(Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
im Nationalsozialismus; 10).
ISBN 3-89244-773-X

Songs gegen Rechts: a new compilation.
Schwandorf: Berufliches Schulzentrum
Oskar-von-Miller, 2005

Stachel, Clemens: Genia und Günter Nobel:
Haftbriefe. Berlin: Gedenkstätte Deutscher
Widerstand, 2005

Stiftung Haus der Geschichte Bonn: Tätigkeitsbericht
2003-2004; Peter Hoffmann. Bonn: Stiftung Haus
der Geschichte, 2005

Szynkowski, Jerzy: Hitlers Kriegsquartiere:
Kurzinformationen. Ketrzyn: Kengraf, 2002.
ISBN 83-89119-05-6

Techniker der »Endlösung«: Topf & Söhne die
Ofenbauer von Auschwitz. Weimar:
Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und

Mittelbau-Dora, 2005. Ausstellungskatalog.
ISBN 3-935598-10-6

Die Toten: Konzentrationslager Neuengamme.
Hamburg: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 2005.
CD-ROM

Ulrich, Axel: Für Freiheit und Recht: der »20. Juli
1944« und seine Verbindungen in unsere Region.
Mainz: Landeszentrale für politische Bildung
Rheinland-Pfalz, 2004. (Blätter zum Land; Extra)

Unterrichtsbeispiele zu den Verbrechen im
Nationalsozialismus: ausgewählte Prinzipien des
Lehrens und Lernens. Berlin: Cultus e. V., 2005.
ISBN 3-00-016334-4

Waltrich, Hans: Aufstieg und Niedergang der
Heilanstalten Hohenlychen (1902 bis 1945).
Schwerin: Strelitzia, 2001.
ISBN 3-934741-03-7

Wittmann, Rebecca: Beyond justice: the Auschwitz
trial. Cambridge, MA; London: Harvard University
Press, 2005.
ISBN 0-674-01694-7

Zduniak, Agnieszka: Dawniej i Dzis: Wilczy Szaniec
w Fotografii. Ketrzyn 2002: Kengraf, 2002.
ISBN 83-89119-00-5.

Paralleltitel: Damals und heute: Wolfsschanze in
Bildern; Then and now: Wolf's Lair in pictures <dt.>

Im letzten Rundbrief wurde leider eine Literatur-
angabe falsch genannt. Richtig heißt sie:
Oberösterreichisches Landesarchiv/Lern- und
Gedenkort Schloss Hartheim (Hg.), Tötungsanstalt
Hartheim, Linz 2005.

GEDENKSTÄTTEN IM INTERNET

Das Forum bietet die Möglichkeit des schnellen und einfachen Austausches, der Zusammenarbeit und einer Diskussionsplattform für Gedenkstätten und Interessierte. Es dient der frühzeitigen Bekanntgabe von Terminen, der Veröffentlichung von Hinweisen auf neue Publikationen und Projekte. Es besteht die Möglichkeit, die eigene Einrichtung vorzustellen und Links zur eigenen Homepage anzulegen: www.gedenkstaettenforum.de

OPEN-AIR AUSSTELLUNG »TOPOGRAPHIE DES TERRORS«

Bis zur Fertigstellung des Neubaus des Internationalen Dokumentationszentrums ist die Open-Air-Ausstellung »Topographie des Terrors, Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände« zu besichtigen. Niederkirchnerstr. 8, 10963 Berlin, Eintritt frei, täglich geöffnet, Mai bis September 10–20 Uhr, Oktober bis April 10–18 Uhr (bis Einbruch der Dunkelheit).

Führungen nach Vereinbarung:

Tel. 030 254 86-703 | jonelat@topographie.de | www.topographie.de

WANDERAUSSTELLUNG »VOR ALLER AUGEN. FOTODOKUMENTE DES NATIONALSOZIALISTISCHEN TERRORS IN DER PROVINZ.«

Die auf dem 2002 erschienenen, gleichnamigen Bildband (Klaus Hesse und Philipp Springer, Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz, Essen 2002; Klartext-Verl., 216 S., 335 Abb. s/w, 19,90 EUR) beruhende Fotoausstellung wird von der Stiftung Topographie des Terrors jetzt auch als Wanderausstellung gezeigt. Die Fotoschau umfaßt u. a. über 100 Fotos, die Praktiken und Rituale öffentlichen nationalsozialistischen Terrors dokumentieren, wie z.B. die Anprangerungen von deutschen Frauen wegen Beziehungen zu Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Trotz des gegenüber der Buchfassung deutlich reduzierten Umfangs wird auch in der Kurzfassung eindrucksvoll deutlich, daß die von 1933 bis zum Kriegsende organisierte nationalsozialistische Gewalt gegen Minderheiten, politische Gegner und Andersdenkende immer wieder auch auf den Straßen und Plätzen deutscher Städte ihre Orte fand. Der Terror war alltäglich und öffentlich, nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den kleineren Städten und Gemeinden in der »Provinz«.

Ausleih/Buchungskonditionen:

Stiftung Topographie des Terrors, Tel. (030) 25 45 09-0 | info@topographie.de.

BIBLIOTHEK »TOPOGRAPHIE DES TERRORS«

Die Bibliothek mit dem Sammlungsschwerpunkt NS-Verbrechen, Polizei und SS, Wirkungsgeschichte des Nationalsozialismus hat in den Räumen der Stiftung Topographie des Terrors: Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Montag bis Freitag 10–17 Uhr geöffnet.

Tel. (030) 25 45 09-23 | bibliothek@topographie.de

Ab sofort kann der online-Katalog mit dem umfangreichen Bestand im Internet abgerufen werden: www.topographie.de/opac